
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

Samstag, 28. August 2021 in St. Gallen

Vorsitz: Mattea Meyer, Cédric Wermuth
Protokoll: Simon Roth, Pia Wildberger
Anwesend: 450 Delegierte und ca. 50 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und werden im Zentralsekretariat der SP Schweiz aufbewahrt. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnung des Parteitages

Der Parteitag wird von **Rebekka Wyler** eröffnet. Die Sprechende dankt der Band Dachs aus St. Gallen, die vor dem Beginn des Parteitags gespielt hat.

Andrea Scheck, Präsidentin der SP Kanton St. Gallen, begrüsst die Delegierten. Sie weist auf die Ländlichkeit des Kantons hin. Gerade die Genoss:innen auf dem Land beweisen die Stärke der Partei. Es reicht nicht, nur in der Stadt präsent zu sein. Man muss auch in den Dörfern präsent sein, um Initiativen oder Wahlen zu gewinnen. Sie dankt allen Anwesenden, dass sie den weiten Weg nach St. Gallen auf sich genommen haben.

Maria Pappa, Stadtpräsidentin St. Gallen, heisst die Anwesenden willkommen. Die Stadt St. Gallen könne immer wieder überraschen. Nicht nur, dass sie im letzten Jahr zum ersten Mal eine Stadtpräsidentin gewählt haben, sondern auch mit einem breiten kulturellen Angebot. Noch sei die Stadt aber nicht wirklich links regiert. Die Machtverhältnisse sind im Moment ausgeglichen. Im Parlament zählt jede Stimme. Der Erfolg der SP in den Städten liegt darin, dass sie Antworten liefern können. Die Herausforderungen in den Städten sind komplex und die SP kann Lösungen anbieten. Jene Kreise, die nun Neid schnüren, haben nicht verstanden, dass Städte für ganze Regionen systemrelevant sind. Die Antwort auf diese Provokateure kann nur sein, dass man den Menschen auf dem Land zuhört und ihre Anliegen ernst nimmt.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin, beginnt mit einigen Mitteilungen. Sie weist darauf hin, dass diverse Züge aus der Westschweiz Verspätungen haben.

Simonetta Sommaruga musste kurzfristig absagen, da sie nach dem Tod ihrer Mutter das Wochenende im Kreis ihrer Familie verbringen möchte. Rebekka Wyler drückt im Namen der Anwesenden das Beileid aus.

Auf Grund der aktuellen Fallzahlen ist man im Gespräch mit den lokalen Genoss:innen zum Schluss gekommen, dass eine Zertifikatspflicht unumgänglich ist.

Für den Teil der Statutenrevision wird das elektronische Abstimmungstool verwendet. Die Abstimmungen der anderen Traktanden werden mit offenem Handmehr durchgeführt.

Speziell begrüsst werden die internationalen Gäste.

Verdankt werden auch Colette Siegenthaler und die weiteren Mitarbeitenden des Sekretariats, die für die Organisation des Parteitages verantwortlich waren.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Die Redezeit beträgt grundsätzlich 2 Minuten und zwar sowohl für Antragstellende sowie für weitere Redner:innen. Die/der Vorsitzende kann Redezeitverlängerungen gewähren. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung hat die/der Vorsitzende über die Verlängerung der Redezeit das Plenum entscheiden zu lassen.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Sie müssen vor dem Beginn des vorherigen Traktandums eingereicht werden.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird einstimmig genehmigt.

Wahl der Stimmenzähler:innen

Die Stimmenzähler:innen und deren Stellvertretungen werden verlesen und verdankt.

Beschluss des Parteitags: Die Stimmenzähler:innen werden einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für die Mandatsprüfungskommission eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

Wahl Präsident des Wahlbüros

Für die Ersatzwahl von Laura Riget (Wahl der direkt gewählten Mitglieder der Geschäftsleitung) sowie die Wahl für den frei werdenden Sitz im Vize-Präsidium wird als Präsident des Wahlbüros vorgeschlagen: Urs Hofmann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für die Wahl des/der Präsident:in des Wahlbüros eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

Beschluss des Parteitags: Urs Hofmann wird gewählt.

Genehmigung definitive Traktandenliste

Rebekka Wyler weist auf die verschiedenen vorgängig versandten Dokumente inkl. Traktandenliste hin.

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird wie vorgelegt genehmigt.

3. Protokoll des digitalen Parteitags vom 17. Oktober 2020 in Basel

Tom Cassee, Co-Generalsekretär, verdankt das Beschluss-Protokoll des digitalen Parteitages vom 17. Oktober in Basel, welches von Nilo Cavalli verfasst wurde. Das Protokoll kann auf der Homepage www.spschweiz.ch/parteitag2021 eingesehen und heruntergeladen werden.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird bei zwei Enthaltungen genehmigt.

4. Rede Mattea Meyer und Cédric Wermuth, Co-Präsidium SP Schweiz

Liebe Genossinnen und Genossen
Chères et chers camarades,
Care compagne, care compagni,

Letzte Woche habe ich fünf gleichaltrige Frauen getroffen, die aus Iran, Irak und Syrien geflohen sind. Sie haben mir davon erzählt, wie sie in die Schweiz gekommen sind. Wie sie sich danach sehnen, in Sicherheit zu leben und arbeiten zu können. Wie sie Deutsch gelernt haben und sich freiwillig engagieren. Und wie sie, allen Hindernissen zum Trotz, hartnäckig ihre Lebensträume zu verfolgen. Das, was mich von ihnen unterscheidet, ist einzig das Glück, in einem der sichersten Länder auf die Welt gekommen zu sein. Ich hätte auch ebenso gut eine der geflüchteten Frauen sein können. Wir könnten heute ebenso gut nicht in diesem Saal sitzen. Sondern in Kabul. Nur der Zufall der Geburtslotterie hat anders entschieden.

Die offizielle Schweiz war bis vor drei Wochen bereit, Geflüchtete nach Afghanistan zurückzuschicken. Über 45'000 Menschen haben letzte Woche zusammen mit der SP mit einer Petition den Bundesrat aufgefordert, alles Mögliche zu versuchen, bedrohte Menschen zu retten. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der Bundesrätin Karin Keller Sutter mitteilte, sie habe Besseres zu tun, lässt uns fassungslos zurück.

Doch nicht erst Afghanistan, schon Syrien, die dauerhaft katastrophale Situation in vielen afrikanischen Ländern und die Tausenden von Toten Flüchtlingen im Mittelmeer führen uns drastisch vor Augen, wie Konflikte zunehmen. Über 80 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Mehr als je zuvor seit 1945. Die Schweiz trägt eine zentrale Verantwortung: Als Handelsplatz für Rohstoffe und als Steueroase für Kapital verursacht sie Elend für Milliarden Menschen, während ihr Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit beschämend klein bleibt.

È impossibile non accorgersene: il mondo è in uno stato di crisi permanente. Oltre alla crisi della sicurezza e della solidarietà globale, possiamo identificare almeno altre quattro crisi. La prima è l'enorme crisi ecologica globale che stiamo vivendo. Questa crisi non riguarda solo l'ambiente ma ingloba l'intera società; è una crisi ecologica e sociale. Essa viene alimentata da un sistema economico mondiale in cui le multinazionali strappano sempre più risorse dal Sud del mondo per aumentare il loro profitto, lasciando dietro di sé inquinamento, povertà e violenza. Si tratta però anche di una crisi

sociale perché coloro che sono più colpiti dalla distruzione della biodiversità e dalla crisi climatica sono quelli che ne hanno meno colpa.

La mancanza di volontà di fermare la distruzione del nostro pianeta è indice di una seconda crisi: la crisi economica e finanziaria globale, che sta aumentando drammaticamente le disuguaglianze. Gli aumenti dei profitti non finiscono alle persone che lavorano sotto forma di salari più alti o riduzioni dell'orario di lavoro, ma servono solo ad aumentare il capitale. Il capitale e i suoi scagnozzi stanno guidando una vera lotta di classe dall'alto. La concorrenza e la flessibilità sempre maggiori aumentano la pressione e la paura. La destra sfrutta queste paure di perdere il proprio status sociale e promette un ritorno a un passato ideale che non è mai esistito, presentando come nemico gli stranieri, le minoranze sessuali e le donne.

La crise des inégalités de genre que nous connaissons actuellement n'est donc pas une surprise. La pandémie de coronavirus a montré à quel point négocier des actions sur la Paradeplatz à Zurich plutôt que s'occuper des enfants et des malades est en déconnexion totale avec la réalité. Le travail de soins mal rémunéré, voire pas rémunéré du tout, et non reconnu, effectué principalement par des femmes, est pourtant bel et bien ce qui permet aux banques, aux bureaux ou aux usines de faire des affaires. Et qu'on ne vienne pas nous parler de respect : il suffit de regarder les jeunes libéraux-radicaux privilégiés expliquer aux femmes plus âgées que seule la retraite à 65 ans sauverait l'AVS pour s'en faire une opinion.

Toutes ces crises conduisent à la crise de la démocratie. La démocratie politique semble impuissante face aux injustices du monde. Le pouvoir et la propriété étant concentrés dans les mains de quelques nantis, chaque fois que la population réclame un peu plus de justice sociale, ceux-ci peuvent menacer de délocaliser leurs entreprises, d'établir leurs propres règles et de transférer leurs bénéfices dans des paradis fiscaux. Qu'il s'agisse de destruction des forêts tropicales, de distribution de vaccins, de spéculation immobilière, ou encore de privatisation de biens fondamentaux comme l'eau ou la santé : l'essentiel est toujours d'augmenter les profits.

Ces crises ont des causes différentes. Mais elles sont toutes liées par un mode de production économique et une organisation de la société, par un capitalisme mondial qui ne met pas l'humain et la nature au centre, mais bien leur exploitation. Tout doit être soumis aux soi-disant forces du marché et les acquis sociaux n'y seraient qu'un obstacle.

Chères et chers camarades : oui, la colère qui nous prend aux tripes est souvent un moteur. C'est aussi bien ainsi. Mais ce qui doit nous faire avancer, c'est l'espoir d'un changement. L'espoir que les choses puissent être différentes, l'espoir que les choses doivent être différentes.

Die Gewissheit, dass Hoffnung sich lohnt, schöpfen wir aus dem, was unsere Vorkämpferinnen und Vorkämpfer erreicht haben. Es ist dem unermüdlichen Kampf der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung zu verdanken, dass wir freie Wochenenden, Ferien, eine Arbeitslosenversicherung, kürzere Arbeitszeiten und eine solidarisch finanzierte AHV haben. Der Einsatz gegen Krankheiten und Armut, das Engagement gegen Atomkraftwerke und für Umweltschutz, die Befreiungskämpfe gegen Unterdrückung und Unfreiheit, die Entwicklung von Kultur, Wissenschaft und Technologie, die Gründung von UNO-Institutionen oder der EU erreichen vieles. Auch wenn diese Fortschritte immer wieder in Frage gestellt werden – sie lassen sich nicht mehr aus der kollektiven Erfahrung löschen. Ich würde heute nicht hier stehen ohne Generationen von mutigen Frauen, die sich nicht zufrieden gegeben haben damit, nett zu lächeln. Sie haben denselben Respekt und dieselben Rechte eingefordert, die für Männer gelten, allen Widrigkeiten zum Trotz.

Die Geschichte dieser Menschen, auf deren Schultern wir heute stehen, zeigt, dass wir den Lauf der Geschichte nicht verändern, wenn jede und jeder allein bleibt. Jeder gesellschaftliche Fortschritt ist

das Werk von Menschen, die zusammen aufgestanden sind und für ein besseres Leben gekämpft haben. Es ist das Versprechen, das wir uns gegenseitig geben, wenn wir in der Partei, in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aktiv sind, das uns stark macht: You will never walk alone.

Darum sind wir heute alle hier. Es ist im Kern die Hoffnung auf Freiheit für alle, was die Menschen schon seit weit über hundert Jahren zu unserer Bewegung bringt. Ja, Genossinnen und Genossen, weder die FDP noch die Mitte und schon gar nicht die SVP, stehen für die Freiheit. Wir, die Sozialdemokratie, sind die Partei der Freiheit. Wenn die Rechten von Freiheit reden, meinen sie die Privilegien der Mächtigen und Besitzenden, ihre eigenen Privilegien. Tatsächlich hassen sie nichts mehr als die Vorstellung, was Freiheit für alle wirklich bedeuten würde: Ihre Privilegien demokratisch mit allen teilen zu müssen. Ihre Freiheit meint die Freiheit Steuergesetze umgehen, die Umwelt zerstören, Rechte von anderen Menschen missachten können, wenn's gerade passt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nichts wert. Sie nennen es zwar Freiheit, sie meinen aber einen gnadenlosen Egoismus.

Echte Freiheit aber bedeutet, in Sicherheit und in Würde auf einem intakten Planeten leben zu können und gleichberechtigt mitzuentcheiden, wohin die Reise geht. Freiheit gibt es nur, wenn sie für alle Menschen gilt. Freiheit ist unteilbar. Es ist genau gleich die Freiheit von kapitalistischer Ausbeutung, wie die Freiheit von patriarchaler Unterdrückung, wie die Freiheit von rassistischer Diskriminierung. Diese Freiheit und Selbstbestimmung für alle gibt es nicht, wenn jede und jeder für sich schaut, sondern in einer Gesellschaft, die kollektive Lösungen baut, auf Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit setzt und die natürlichen Grundlagen des Lebens bewahrt.

Mais que signifie « se battre pour la liberté » pour le PS en 2021 ? Pour nous, être de gauche signifie lier notre politique aux cinq exigences suivantes :

Tout d'abord, les politiques socialistes doivent en tout temps avoir l'objectif de créer plus de justice et de liberté dans le monde. Elles doivent servir la paix et permettre une vie réellement digne pour toutes et tous, et pas seulement pour celles et ceux qui ont eu de la chance à la naissance. Une vie digne, c'est avoir un toit au-dessus de sa tête, c'est avoir accès à l'éducation, la santé, le travail, la codécision dans les entreprises, la protection contre la violence, un statut de séjour régulier. Cela semble banal, mais c'est loin d'être la réalité pour tout le monde. Ni au niveau mondial, ni dans notre pays riche qu'est la Suisse. Nous représentons une Suisse qui s'engage à lutter contre les fatalités qui poussent les gens à fuir leur pays. Et pour une Suisse qui cesse enfin d'exacerber les inégalités avec son dumping fiscal et sa politique économique égoïste. Concrètement, nous n'accepterons aucune adaptation de la législation fiscale suisse qui alimenterait un dumping fiscal qui profiterait aux entreprises. Et nous n'arrêterons pas de nous battre jusqu'à ce que la Suisse offre enfin une protection aux personnes persécutées, par exemple en réintroduisant les demandes d'asile dans les ambassades. Et oui, cela signifie que nous voulons nous battre pour une Suisse qui soit au sein de l'Europe – une Europe qui respecte ses valeurs.

Deuxièmement, la liberté signifie assurer aux générations futures une planète sur laquelle elles pourront vivre – partout. Il n'y a qu'une seule réponse possible à la crise climatique : un virage social et écologique – maintenant ! Nous devons mettre enfin les entreprises face à leurs responsabilités et investir massivement dans les infrastructures écologiques. De cette manière, avec plus d'écologie, nous pourrions améliorer la qualité de vie de l'ensemble de la population. En tant que centre financier et commercial, la Suisse a une plus grande responsabilité dans la lutte contre la destruction de l'environnement qu'on ne l'a fait croire à sa population. Les banques et les assurances ne doivent plus se soustraire à leurs responsabilités. C'est pourquoi nous proposerons au Congrès, l'année prochaine, de lancer une initiative populaire pour une place financière socialement et écologiquement responsable, avec toutes celles et ceux qui voudraient participer à un tel projet.

Drittens kämpfen wir für gute Arbeit und soziale Absicherung für alle, weil das Freiheit erst ermöglicht. Die grosse Mehrheit der Menschen in diesem Land lebt von Lohn oder von ihrer Rente. Es ist ihre menschliche Arbeit, die Wert und Fortschritt schafft. Dieser Arbeit müssen wir ihren Wert zurückgeben. Die 99%-Initiative der JUSO fordert etwas, was eigentlich selbstverständlich ist: Kapitaleinkommen soll stärker besteuert werden als Arbeit. So können diejenigen Leute entlastet werden, die arbeiten oder gearbeitet haben. Und es können Leistungen finanziert werden, die uns allen zugutekommen. Zum Beispiel die AHV, die wohl wichtigste soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Nächstes Jahr werden wir den dreisten Abbau bei den Renten bekämpfen müssen. Doch wir wollen mehr als nur verteidigen. Wir wollen für flächendeckende Mindestlöhne in den Kantonen kämpfen, wie das eben den Basler Genoss:innen gelungen ist. Und wir denken über eine Reform der Altersvorsorge nach, die uns vom Renditedruck befreit und die Renten sichert. Dabei geht es um eine deutliche Stärkung der AHV zulasten der 2. und der 3. Säule.

Die Renten und die Frage, wer wieviel verdient, führen uns zur vierten Freiheitsaufgabe: Die Gleichstellung endlich voranzubringen. Wir sind Teil einer Generation, die immer noch darum ringt, gleichberechtigt Familie und Beruf teilen zu können. Und wir sind Teil einer Gesellschaft, die immer noch Gewalt gegen Frauen verharmlost. Der Frauenstreik 2019 hat die Ungeduld auf die Strasse getragen. Auch wir sind ungeduldig. Und genau deshalb, Genossinnen und Genossen, werden wir euch zusammen mit den SP Frauen* nächstes Jahr vorschlagen, eine Volksinitiative für die Einführung einer flächendeckenden, öffentlichen familienexternen Kinderbetreuung zu lancieren. Spätestens nach der Covidkrise muss allen klar sein: Kinderbetreuung ist Service public! Es braucht Kitas – überall, für alle zugänglich, mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen.

Und fünftens geht es darum, die Demokratie zu stärken und die Herrschaft des Kapitals zu brechen. Nicht Konzerne und ihre Handlanger im Parlament sollen die Spielregeln diktieren. Sondern wir alle als Gesellschaft entscheiden, wie wir zusammenleben und die Wirtschaft gestalten. Ob beim Wohnen, im Gesundheitswesen, bei der Bildung, im Verkehr, bei den Infrastrukturen. Mehr Demokratie bedeutet, dass Güter und Leistungen, die wir alle zum Leben brauchen, nicht das private Eigentum einiger weniger sein können, sondern als Gemeineigentum in die Hände der Gemeinschaft gehören. In kaum einer Branche wird heute mehr Kapital von unten nach oben umverteilt als bei den Immobilien. Kaum in einer Branche können Menschen so gut erpresst werden: höhere Miete akzeptieren oder die Wohnung verlassen. Doch wohnen muss jeder. Gigantische Gewinne entstehen so aus dem Nichts. Die SP muss deshalb die Partei sein, die in allen Gemeinden laut und deutlich sagt: Bezahlbar Wohnen ist ein Recht. Schluss mit Spekulation und Renditebolzerei, unser Boden gehört in unsere Hände!

Se battre pour la liberté, c'est se battre pour la justice globale. Pour la transition sociale et écologique de notre société, pour le féminisme et l'égalité, pour la reconnaissance de la valeur du travail, pour la sécurité sociale et pour la démocratie plutôt que pour le règne du capital. Tous ces combats exigent une vision claire de l'avenir, le courage de poser les questions systémiques les plus fondamentales et nécessaires et, en même temps, la force de mettre en œuvre cette vision étape par étape, chaque jour. C'est précisément la combinaison de ces deux éléments qui fait la force du Parti socialiste.

Se battre pour la liberté signifie s'engager pour toutes celles et ceux qui ne vivent que de leur salaire ou de leur rente. Cela signifie qu'il faut s'opposer à celles et ceux qui prétendent défendre le peuple mais qui ne font rien d'autre que de le diviser pour promouvoir les intérêts égoïstes de quelques privilégiés. Oui, d'importantes batailles nous attendent, allant de la lutte contre toute baisse de taxes pour les grandes entreprises à la défense de l'AVS. Mais il est temps de se mettre en route avec le PS. Il est temps que nous passions à l'offensive avec des projets concrets, et que nous montrions

ensemble comment nous imaginons cette liberté pour toutes et tous. Il est temps de mettre le cap à gauche.

5. Solidarisch aus der Corona-Krise

Podium mit Dr. Mohga Kamal-Yanni und Dr. Gabriela Hertig, moderiert durch Michael Rüegg.

Zum Positionspapier der SP Schweiz «Mehr soziale Sicherheit, mehr Service Public, mehr Solidarität! Sozial- und gesundheitspolitische Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie» wurde ein separates Dokument mit den eingegangenen Anträgen erstellt, welches unter www.spschweiz.ch/parteitag2021 zu finden ist.

Barbara Gysi, Nationalrätin SG, leitet in das Traktandum ein. Bei uns müssen die Menschen überzeugt werden, sich impfen zu lassen, während andernorts kein Zugang zu Impfungen besteht. Dies zeigt, dass sich die Ungleichheit nochmals verschärft hat. Auch wenn die SP versucht hat, punktuelle Verbesserungen zu erzielen, haben viele Menschen enorm gelitten. Mit diesem Positionspapier sollen einige Antworten geliefert werden. Im Parlament gab es kurzfristige Antworten auf die Krise. In diesem Papier sollen die Erkenntnisse in längerfristige Konzepte übernommen werden. Die Sprechende dankt allen Personen, die an diesem Papier mitgearbeitet haben. Die Krise hat gezeigt, wie relevant die Sorgearbeit ist, dass es sich auch hier um einen systemrelevanten Beruf handelt. Trotzdem sind die Arbeitsbedingungen nicht verbessert worden. Die Impfkampagne muss angepasst werden, damit auch Menschen ohne ständigen Internetzugang oder mit schlechten Deutschkenntnissen Zugang dazu haben. Es braucht mehr Service Public, mehr soziale Sicherheit und mehr Solidarität. Alle Menschen müssen sozial abgesichert sein. Dazu braucht es einen Ausbau der Sozialwerke. Die Gesundheitsversorgung muss für alle zum gleichen Preis zugänglich gemacht werden. Es darf keinen Profit auf Kosten der Gesundheit geben. Das Gesundheitswesen ist eine öffentliche Aufgabe. Patente müssen öffentlich sein. Die Gewinne müssen vergesellschaftet werden. Die Sprechende dankt auch allen, die mit ihren Anträgen zu einer Verbesserung dieses Papiers beigetragen haben.

Beat Steiger (SP 60+) spricht zu den Anträgen. Er äussert sich sehr erfreut, dass die Geschäftsleitung die Anträge zur Annahme empfiehlt. Bei Antrag 3 ergänzt der Sprechende, dass Betreuung oft Privatsache und für ältere Personen nicht finanzierbar ist. Hier erwartet die SP 60+ eine Bundeslösung. Damit wird sich die SP 60+ an ihrer nächsten Veranstaltung auseinandersetzen.

Rebekka Wyler weist darauf hin, dass die Antragssteller:innen mit den Empfehlungen der Geschäftsleitung einverstanden sind. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss des Parteitags: Dem bereinigten Positionspapier wird einstimmig zugestimmt.

6. Rede Bundesrat Alain Berset

Es ist gut, wieder in einem Saal zu sein und die Menschen, in vivo vor sich zu sehen. Damit ein Land funktionieren kann, braucht es Gerechtigkeit und Solidarität. Auch in der aktuellen Pandemie braucht es diese Werte. Wir müssen alle unterstützen, die gesundheitlich oder wirtschaftlich in eine Notlage geraten sind. Wir müssen auf gewisse Freiheiten vorübergehend verzichten, um Schwächere nicht zu gefährden.

Die Covid-Impfung sorgt für Diskussionen und leider auch Entgleisungen. Dass die Impfquote in unserem Land so tief ist, muss uns Sorge bereiten. Denn aus einer Pandemie gibt es keine Abkürzung. Auch wenn eine Impfung keine Voll-Kasko ist, sehen wir, dass geimpfte Personen deutlich seltener ins Spital und noch seltener auf die Intensivstation müssen. Hier ist die Mehrheit der Personen inzwischen zwischen 30 und 60 Jahre alt. Wenn die Menschen auf der Intensivstation sind, bedauern die Menschen, dass sie sich nicht geimpft haben. Aber dann ist es zu spät dafür.

Natürlich ist es nicht angenehm, dass Freiheiten eingeschränkt werden. Aber welche Alternativen gibt es? Es ist sicher falsch, sich gegen die Medizin und deren Errungenschaften zu wenden. Impfungen taugen nicht als ideologisches Ziel.

Die Impfung ist, um Alt-Bundesrat Blocher zu zitieren, «gäbig». Die Impfungen sind auch wichtig für Menschen, die sich im Moment nicht impfen lassen dürfen. Denn nur so bremst man die Zirkulation des Virus. Und das dient allen.

Es geht aber nicht nur um die Schweiz. Zu oft geht in der Diskussion vergessen, dass im Moment noch Milliarden Menschen keinen Zugang zur Impfung haben. Aber die Pandemie ist erst vorbei, wenn sie überall vorbei ist. Die Schweiz setzt sich deshalb seit Beginn der Pandemie für eine weltweite Verteilung von Impfstoffen, Medikamenten und Tests ein.

Die grosse Stärke unseres politischen Systems liegt darin, dass wir die Macht teilen. Geteilte Macht bedeutet aber auch geteilte Verantwortung, gemeinsame Verantwortung. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung übernimmt die Verantwortung für die Gesellschaft. Diese Menschen übernehmen Eigenverantwortung, die nicht mit Egoismus zu verwechseln ist.

Meine Freiheit endet da, wo sie die Freiheit eines anderen Menschen berührt. Ich bin frei, mich selbst anzustecken, aber ich bin nicht frei, andere anzustecken.

Die Debatte zum Covid-Gesetz wird hart geführt werden. Sie darf engagiert geführt werden. Wichtig ist, dass wir aber sachlich und bei den Tatsachen bleiben. Im Zentrum wird das Zertifikat stehen. Und auch wenn in der Krise nicht alles perfekt funktioniert hat: Das Zertifikat ist perfekt gestartet. Darauf können wir stolz sein. Heute sind alle mit einem Zertifikat gekommen. Das hat problemlos funktioniert. Für eine allfällige Ausweitung der Zertifikatspflicht hat der Bundesrat vorsorglich eine Konsultation vorgenommen. Eine mögliche Überlastung der Spitäler ist nicht nur eine Theorie. Wir haben solche in Nachbarländer beobachten können. Wenn die vorgeschlagene Lösung nicht zu überzeugen vermag, dann braucht es Alternativen.

Das Zertifikat bedeutet die Möglichkeit, gezielte Massnahmen zu ergreifen, ohne ganze Wirtschaftszweige oder Schulen schliessen zu müssen. Diese Entscheide treffen zu müssen, war eine schlimme Erfahrung. Deshalb wäre es wohl keine schlechte Idee, Alternativen dazu zu wählen.

Das Zertifikat schränkt die Freiheit nicht ein, im Gegenteil. Es ermöglicht Veranstaltungen, die sonst nicht möglich gewesen wären.

Die Krise hat auch positive Seiten. Beispielsweise die Art und Weise, wie wir mit widersprüchlichen Informationen umgehen. Wir sind vernünftiger geworden. Die Entscheidungen mussten oft in unsicheren Lagen getroffen werden.

Es gibt weitere Dossiers, die auf uns warten. Wir haben in den letzten Wochen völlig fassungslos beobachtet, wie sich die Situation in Afghanistan verschlechtert hat. Auch hier dürfen wir nicht gleichgültig bleiben. Wir müssen der Gesellschaft helfen, die Fortschritte – gerade für Frauen und Kinder – zu bewahren.

Bei der Klimakrise müssen wir jetzt Massnahmen ergreifen, um positive Ergebnisse in zwanzig Jahren zu erhalten. Dies ist eine ganz andere Herausforderung als eine Pandemie.

Klimakrise und Pandemie werden immer die Schwächsten am schwersten treffen. Wir müssen diese Risiken kontrollieren können.

Die Situation ist wohl noch nicht ausgestanden. In diesem Zusammenhang ist unsere Kultur der Debatten sehr wichtig. Wir sind das einzige Land, welches bereits über Elemente zum Umgang mit der Pandemie abgestimmt haben. Es gibt das Risiko, dass die Kultur der Debatte durch die gegenwärtige Situation geschwächt wird. Am Ende überwinden wir die Krise nur gemeinsam. Nicht indem sich die einen gegen die anderen stellen. Nur gemeinsam schaffen wir das.

Halten wir den Dialog wach. Suchen wir nach Kompromissen und einer gemeinsamen Basis. Denken wir daran, dass wir eine so gehaltvolle Debatte wie möglich führen. Es kommt auf die Inhalte der Argumente und nicht auf deren Lautstärke an.

Tom Cassee, dankt Alain für die eindrückliche Rede. Es geht nun weiter mit dem letzten Punkt von Traktandum 5. Dies ist die Resolution der SP 60+, der SP Frauen*, der SP Migrant:innen und der JUSO.

Resolution 1: Rauf mit den AHV-Renten

Christine Goll, Präsidentin SP 60+, weist auf die geniale Konstruktion der AHV hin. Genau deshalb werden die Bürgerlichen nicht müde, diese schlecht zu reden. Sie wollen die AHV finanziell aushungern, um möglichst schnell die nächsten Leistungskürzungen vornehmen zu können.

Martine Docourt, Co-Präsidentin SP Frauen*, betont, dass die Mobilisierung für die Demonstration am 18. September mehr als nur notwendig ist. Wir wollen eine Stärkung der AHV durch eine deutliche Erhöhung der Renten. Damit die Existenzgrundlage endlich gesichert ist. Für viele Menschen bedeutet Alter Armut. Frauen sind davon besonders betroffen, weil ihre Löhne 20 Prozent tiefer sind. Die AHV 21 muss bekämpft werden.

Ronja Jansen, Präsidentin JUSO, kann mit vielen bürgerlichen Traditionen leben. Nicht leben kann sie mit der Tradition, wie die Bürgerlichen die 99 Prozent gegeneinander ausspielen will. Ausländerinnen gegen Inländerinnen. Stadt gegen Land. Und eben auch Alt gegen Jung. Und genau dies geschieht nun wieder bei der Diskussion zur AHV. Obwohl genau das Gegenteil der Fall ist. Die AHV ist das Projekt der Generationensolidarität. Die AHV ist ein Verfassungsauftrag. Und deshalb wird der Topf auch nicht von einem auf den anderen Tag leer sein. Aber die AHV braucht eine zusätzliche Finanzierung. Angesichts des desolaten Zustands der Pensionskassen ist dies kein Problem. Was wir verlangen, ist, dass wir raufgehen bei den Renten statt beim Rentenalter. Es könnten beispielsweise alle Einkommensarten AHV-pflichtig gemacht werden, auch Kapitaleinkommen. Wir machen nicht mit beim Schlechtreden der AHV.

Yvonne Apiyo Brändle-Amolo, SP Migrant:innen, wünscht, dass die besonders schlechten Bedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden. So erhalten diese oft nur

Arbeit im Stundenlohn oder temporäre Beschäftigungen. So sind sie im Alter auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Viele Migrant:innen sind in der Betreuung von älteren Menschen tätig – dies oft zu prekären Bedingungen. So können sie oft nicht von den Vorteilen einer zweiten Säule profitieren. Deshalb ist für diese Menschen eine Verbesserung der AHV besonders wichtig.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird mit einer Gegenstimme angenommen.

7. Unterstützung Initiativen und Referenden

Unterstützung Umweltverantwortungsinitiative

Im März 2021 sind die Jungen Grünen auf die SP Schweiz gekommen mit ihrem Projekt einer «Umweltverantwortungsinitiative». Das Projekt wurde im Mai dem SP-Präsidium vorgestellt.

Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH, spricht für die Geschäftsleitung. Diese Initiative der jungen Grünen kann man guten Gewissens unterstützen. Sie verlangt, dass die Natur und deren Erneuerungsfähigkeit den Rahmen für die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz bildet. Die planetaren Grenzen sollen gemessen am Bevölkerungsanteil der Schweiz spätestens zehn Jahre nach Annahme nicht mehr überschritten werden. Man kann einwenden, dies sei extrem – aber extrem ist vielmehr, wie wir unseren Planeten zerstören, so dass 150 Arten täglich aussterben. Deshalb beantragen wir die Unterstützung. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative (2/3 Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Die Unterstützung wird bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung beschlossen.

Lancierung einer Volksinitiative: Keine Beschaffung von F-35 A Kampffjets

Tom Cassee, weist darauf hin, dass die SP, die GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) und die Grünen planen, Ende August 2021 eine Volksinitiative gegen die Beschaffung des F-35A Kampffjets zu lancieren. Die Geschäftsleitung beantragt die Unterstützung der Lancierung dieser Initiative.

Priska Seiler-Graf, Nationalrätin ZH, erinnert daran, dass sich letztes Jahr eine äusserst knappe Mehrheit für Beschaffung von neuen Kampffjets ausgesprochen hat. Wir akzeptieren diesen Entscheid. Doch für die Aufgaben der Luftpolizei ist der amerikanische Kampffjet ungeeignet. Dieser Jet ist das Gegenteil dessen, was angekündigt wurde. Er ist ein Angriffs-Flugzeug und führt in eine Kostenfalle. Wir brauchen lediglich eine Luftpolizei. Für diese Aufgaben ist der US-Flieger jedoch zu langsam und hat eine zu geringe Steigleistung. Die bundesrätliche Behauptung, der F-35 sei der günstigste, ist gemäss Erfahrungen im Ausland unglaubwürdig. Der F-35 macht uns von den USA in unerträglichem Mass abhängig (Ersatzteile, Wartung), und er ist ein regelrechter Datenstaubsauger.

Rolf Zimmermann, SP 60+, vertritt die Haltung, dass diese Initiative chancenlos ist. Zudem gibt es dringendere Anliegen. Klar, dieses groteske Rüstungsgeschäft braucht es nicht. Die Fraktion soll den Flieger jedoch im Parlament bekämpfen – das muss genügen. Der Urengang wird garantiert erfolglos und wird dem Jet eine besondere Legitimation verleihen. 9 von 10 Initiativen scheitern. Das Verbot eines Ami-Fliegers in der Verfassung ist ein Unding, und die Leute müssen Ja stimmen, wo sei eigentlich Nein meinen. Eine Offensive für eine bessere Vertretung in Bern wäre eine bessere Investition der Kräfte. Der Sprechende bittet deshalb die Delegierten, diese Initiative abzulehnen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Lancierung der Volksinitiative (2/3 Mehrheit).

Abstimmungsergebnis: Abgegebene Stimmen 323. Das 2/3 Mehr liegt damit bei 216. Stimmen für die Lancierung 252. Stimmen dagegen 48. Enthaltungen 23.

Beschluss des Parteitags: Die Unterstützung der Volksinitiative wird beschlossen.

Referendum Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben – Abschaffung der Emissionsabgabe – «Nein zum Stempelsteuer-Bschiss»

Tom Cassee, führt aus, dass das Geschäft im Parlament sistiert war und plötzlich wieder auf den Tisch kam. Es brauchte deshalb einen schnellen Entschluss des Präsidiums zur Lancierung eines Referendums. Heute geht es darum, das bereits gestartete Referendum zu formalisieren.

Samuel Bendahan, Nationalrat VD, begründet die Lancierung des Referendums. Die Stempelsteuer betrifft nur die grossen Unternehmen. Alle Abgaben und Kosten steigen seit Jahren, nicht jedoch die Abgaben der grossen Unternehmen. Nur 0,7% der Unternehmen sind betroffen. Betroffen von den Steuerausfällen sind jedoch wir alle, denn wir müssen dafür bezahlen. Und wer hat dem Gewerbe in der Krise geholfen? Wir haben uns für das Gewerbe ins Zeug gelegt, nicht die Bürgerlichen! Dieser Abbau durch die Bürgerlichen ist inakzeptabel. Wir haben bereits 40'000 Unterschriften gesammelt, helft mit, dass wir rasch die übrigen Unterschriften sammeln!

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung des Referendums (2/3 Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Das Referendum wird mit einer Gegenstimme beschlossen.

8. Statuarische Geschäfte und Wahlgeschäfte

Nachtragskredit zum Budget 2021: Stempelsteuer-Referendum

Tom Cassee, führt aus, dass die Ausgaben für das Referendum situationsbedingt nicht bereits im ordentlichen Budget abgebildet sind und es deshalb einen Nachtragskredit benötigt. Er dankt dabei auch allen, die bereits geholfen haben, die notwendigen Unterschriften zu sammeln.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung des Nachtragskredits.

Beschluss des Parteitags: Der Nachtragskredit wird bei einer Enthaltung bewilligt.

Ersatzwahl für den vom Parteitag direkt gewählten Sitz in der GL (Rücktritt von Laura Riget)

Tom Cassee, Co-Generalsekretär, dankt Laura Riget für die geleistete Arbeit. Sie übernahm kurz nach ihrer Wahl in die Geschäftsleitung die Stelle als persönliche Assistentin des Co-Präsidiums sowie des Generalsekretariats der SP Schweiz, weshalb sie wieder aus der Geschäftsleitung ausgetreten ist.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Mario Carera.

Beschluss des Parteitags: Wahl per Akklamation

Verabschiedung von Carlo Lepori, Co-Präsident SP 60+:

Laura Riget, Co-Präsidentin PS Ticino, spricht anstelle von Marina Carobbio, die aus familiären Gründen verhindert ist, die Laudatio für Carlo Lepori, der als Co-Präsident der SP 60+ zurücktritt. Sie dankt Carlo für die wichtige Arbeit, die er geleistet hat.

Carlo Lepori, Co-Präsident SP 60+, freut sich, hier viele junge Gesichter zu sehen, aber auch viele mit grauen Haaren, die weiterhin für die gemeinsamen Ideale kämpfen.

Ersatzwahl für einen Sitz im Vizepräsidium der SP Schweiz (Rücktritt von Barbara Gysi)

Barbara Gysi wird nach 9 Jahren als Vizepräsidentin der SP Schweiz zurücktreten.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz, würdigt die Arbeit von Barbara Gysi. Barbara ist eine engagierte Leiterin der AG Wirtschaftsdemokratie, vielfältig engagiert und immer gut vorbereitet. Barbara hat eine grosse Leidenschaft für die Politik. Ihr Herz brennt für die Menschen, vor allem jene, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Barbaras Engagement ist aufrichtig. Als langjährige Gewerkschafterin hört sie jenen zu, die in der Pflege arbeiten, ebenso den Bundesangestellten. Sie engagiert sich sehr für die SP und hat in der Partei zahlreiche Aufgaben übernommen, auch jene, die hinter den Kulissen und nicht im Rampenlicht erledigt werden müssen, die notwendig sind. Danke an Barbara, dass sie die Kontinuität im neuen Co-Präsidium sicherte – danke für alles.

Barbara Gysi, Nationalrätin SG blickt auf neun intensive, spannende und lehrreiche Jahre zurück. Sie hört nicht auf, weil sie genug hätte. Es ist jedoch eine Chance für eine andere Person. Sie möchte mehr Zeit für die inhaltliche Arbeit sowie für kantonale Projekte haben. Es war schön, im Präsidium zusammenzuarbeiten. Sie dankt allen für das Vertrauen, wir kämpfen gemeinsam weiter.

Cédric Wermuth übergibt ein Geschenk für einen Ausflug ins Val d'Anniviers.

Tom Cassee, führt aus, dass während der Bewerbungsfrist für das Vize-Präsidium eine Bewerbung eingegangen ist.

Rede David Roth, Präsident SP Stadt Luzern:

Liebe Genoss:innen

C'est pour moi aujourd'hui un grand honneur d' être devant vous demander pour votre soutien pour ma candidature au poste de vice-président de notre parti. Mes racines politiques se trouvent dans le canton de Lucerne, qui fait part - comme on l'appelle en français si joliment - de la Suisse primitive.

La Suisse primitive n'est peut-être pas le lieu le plus à gauche de toutes les régions de notre pays, mais je crois qu'elle est un bon professeur, surtout pour apprendre le métier de la politique de gauche. Parce que rien ne nous est donné gratuitement.

Je suis engagé dans la social-démocratie depuis 20 ans, et depuis 6 ans comme président d'un parti cantonal.

Egal in welcher Funktion, was mich bei der Arbeit für die SP immer motiviert, ist, dass wir uns als grosses Team verstehen. Unsere SP ist so stark, wie die Menschen, die sie tragen. Gemeinsam bestimmen wir die Ausrichtung der Partei, gemeinsam bestreiten wir die politischen Kämpfe.

Anders als die SVP vermutet, tun wir das im ganzen Land. Unabhängig ob Stadt, Land oder Agglomeration - wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, sondern kämpfen gemeinsam für den Fortschritt durch ökologischen Umbau, einem starken Service public und gesellschaftlicher Anerkennung aller Lebensentwürfen.

Unsere Solidarität ist stärker, als die rechten Versuche, unsere Gesellschaft in Schweizer:innen und Ausländer:innen aufzuspalten und eine Spaltung werden wir auch nicht zwischen Stadt und Land zulassen. Erfreuliches Beispiel vor diesem Hintergrund: Die 99%-Initiative, die sogar auf dem Land eine höhere Zustimmung als in der Stadt hat. Der Wunsch nach Gerechtigkeit treibt uns alle gleich an.

Wir alle zusammen sind die Menschen, welche die Sozialdemokratie voranbringen. Wir müssen die Arbeit aber nicht 26-mal machen. Damit wir möglichst effektiv sind, brauchen wir die Unterstützung, die Koordination und den politischen Werkzeugkasten der SP Schweiz. Nicht nur für die nationalen Kampagnen und Wahlen, sondern für unsere tägliche Arbeit in den Kantonen, den Gemeinden und Quartieren. Nur wenn wir die ganze Klaviatur der drei Staatsebenen spielen, können wir den sozialdemokratischen Weg konsequent gehen.

Die Motivation von uns allen rührt daher, dass nicht eine Parteidoktrin unser Handeln bestimmt. Unsere Haltungen entwickeln gemeinsam. Und auch wenn wir Differenzen haben, müssen wir die nicht verleugnen.

Unsere Partei ist und muss im Kern eine Bewegung sein. Wir müssen über Parteigrenzen hinaus eine Plattform sein für die Menschen und ihre Anliegen. Wir vertreten die Bevölkerung nicht anwaltschaftlich, sondern machen Betroffene zu Beteiligten. Darauf haben wir auch im Kanton Luzern immer unseren Fokus gelegt. Zum Beispiel mit einer breiten Kampagne für eine bessere Prämienverbilligung, den wir gemeinsam mit hunderten Betroffenen mit allen politischen und juristischen Mitteln bis zuletzt vor Bundesgericht führten. Mit Auswirkungen auf die ganze Schweiz.

Für diese Art der kollektiven Kampagnenarbeit stehe ich. Die will ich einbringen und gemeinsam mit euch weiterzuentwickeln. Dafür stelle ich mich zur Wahl als Vizepräsident der SP Schweiz.

Vielen herzlichen Dank, wenn ihr mir dafür das Vertrauen schenkt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für das Präsidium eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

Beschluss des Parteitags: Wahl von David Roth per Akklamation.

9. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Aufgrund eines Todesfalls in der Familie von Simonetta Sommaruga entfällt dieses Traktandum.

10. Rede Evelyne Regner (Mitglied des Europaparlamentes, A)

Die Sprechende freut sich, heute hier zu sein und über Lösungen zu Europa sprechen zu können. Wir sind mit vielen Krisen konfrontiert. Und deshalb muss unser Ziel sein, ein starkes Europa zu schaffen. Und ein starkes Europa kann nur ein soziales Europa sein. Grenzen können keine Pandemie aufhalten.

Auch die Klimakrise macht nicht Halt vor Grenzen. Für diese wird sich im Kapitalismus keine Lösung finden. Die Klimakrise wird uns alle treffen, aber sie wird uns unterschiedlich treffen. Frauen und Kindern sind häufiger betroffen als Männer. Und dies, obwohl sie weniger CO2 produzieren als Männer. Die Klimakrise ist immer auch eine Verteilungskrise. Es zeigt sich immer wieder, dass sich die Ungleichheit in unserer Welt ständig fortsetzt. Die Superreichen glauben noch immer, sich rechtzeitig der Klimakrise entziehen zu können. Aber da liegen sie falsch. Wir sitzen alle im selben Boot. Wir sind nicht nur verantwortlich, unseren Lebensraum zu schützen, sondern darüber hinaus, allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Der Finanzplatz muss zwingend neu ausgerichtet werden. Wir fordern nicht nur Verteilungs- sondern auch Verursachergerechtigkeit. Wir bemerken immer deutlicher die immer augenscheinlicheren Ungerechtigkeiten dieser Welt. Diese sind aber nicht neu. Die grossen Firmen sollen die Steuern da zahlen, wo sie die Gewinne erwirtschaften. Wir müssen wissen, wie viel Reichtum es auf dieser Welt gibt und wo dieses versteckt wird. Wir brauchen dieses Wissen, um die Steuersümpfe trockenlegen zu können.

Die letzten Monate haben uns gezeigt, wer die eigentlichen Leistungsträger der Gesellschaft sind. Es sind die Frauen, die die eigentlichen Leistungsträgerinnen sind. Diese arbeiten in der meist schlechtbezahlten Care-Arbeit. Es braucht dringend die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen.

In der Krise wurde zwar geklatscht, geändert hat sich für die Betroffenen aber praktisch nichts. Dass es auch anders geht, habt ihr bereits festgestellt. Das zeigt sich in den Anträgen, die heute an diesem Parteitag behandelt werden. Die Vorschläge sind alles essenzielle Forderungen, die europaweit umgesetzt werden müssen. Gemeinsam bleiben wir, die europäische Sozialdemokratie, dran.

Wir brauchen mehr und echte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Schweiz. Wir brauchen eine stolze Sozialdemokratie in der Schweiz, in Europa und weltweit.

Die Inspiration dieses Parteitages werde ich nach Brüssel und Wien mitnehmen. Vielen Dank dafür!

11. Strukturreform: «Die SP der Zukunft gestalten - Wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!»

Rebekka Wyler, erläutert das Prozedere zur Diskussion. Es werden blockweise alle Referate zu den Anträgen durchgegangen und über diese anschliessend gesammelt pro Block abgestimmt. Es wird dabei anhand des ausgeteilten Detaildrehbuchs verfahren. Sie begrüsst auf dem Podium Claudio Marti (juristischer Fachsekretär der SP-Bundeshausfraktion), Urs Hofmann (ehem. Regierungsrat AG) und Nils Jocher (Mitarbeiter Basiskampagne und ausgewiesener Vereinsmeier). Diese werden die Sprechende bei der Durchführung des Prozederes unterstützen.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz, führt in das Traktandum ein. Es sei Zeit für einen linken Aufbruch. Damit dies Realität werden kann, braucht es eine SP mit Durchschlagskraft von der kommunalen bis zur nationalen Ebene. Mit der Strukturreform wird einiges durcheinandergewirbelt. Damit soll die SP näher zusammenrücken. Über die Ebenen hinweg aber auch zwischen den Kantonen. Die SP soll zum spannendsten Ort werden, um die Krisen zu lösen. Es sollen neue Orte geschaffen werden, damit sich die Menschen besser einbringen können.

Wir schlagen deshalb eine Neugliederung vor. Diese beinhaltet den Parteitag, den Parteirat und das Parteipräsidium. Der Parteitag soll häufiger stattfinden und die Delegiertenversammlungen ersetzen. Im Parteirat sollen alle Orte des Engagements unserer Partei in einem Gremium zusammengefasst werden. Hier soll über inhaltliche Positionen gestritten, nationale Politik formuliert, Kampagnenaktivitäten definiert und umgesetzt werden. Die heutige Geschäftsleitung wird den Anforderungen nicht gerecht, weil die Kantonalparteien da kaum vertreten sind. Im Parteirat soll die nationale Politik definiert und Kampagnen bestimmt werden. Das Parteipräsidium behält seine bisherigen Aufgaben und übernimmt von der Geschäftsleitung Aufgaben, die es de facto bereits heute ausführt.

Die Themenkommissionen sollen die bisherigen Fachkommissionen ersetzen. Hier sollen spezifische politische Themen behandelt werden. Auf nationaler Ebene werden Entscheide getroffen, die kantonal umgesetzt werden müssen. Die Diskussion dazu soll in diesen Kommissionen geschehen.

Neu gibt es auch die Foren. Es gibt bereits solche Gruppen, wie diejenige der reformorientierten Plattform oder der Alpensozialist:innen. Die Arbeitsgruppen werden erstmals in den Statuten verankert.

Ein besonderer Dank geht an Rebekka Wyler und Claudio Marti. Diese haben in wochenlanger Knochenarbeit Anträge und Anliegen eingearbeitet. Ohne ihre Arbeit wäre die heutige Diskussion nicht möglich. Auch einen Dank an Urs Hoffmann und Nils Jocher für die Führung des Abstimmungsbüros.

Strukturen müssen jedoch mit Leben gefüllt werden. Die Sprechende freut sich auf die Diskussion.

Rebekka Wyler, erläutert nochmals das Prozedere zur folgenden Diskussion. Die Voten und Abstimmungen erfolgen blockweise. Über Statutenänderungen ohne Gegenanträge wird gesammelt vor der Schlussabstimmung abgestimmt. Hier gilt wie bei den gesamten Änderungen eine Zweidrittelmehrheit der Stimmenden. Bei der Ausmehrung zwischen gegensätzlichen Anträgen gilt das einfache Mehr. Die Redezeit beträgt weiterhin zwei Minuten. Falls die Geschäftsleitung zu mehreren Anträgen gleichzeitig Stellung nimmt, gilt für diese eine Redezeit von vier Minuten.

Block 1

Dieser Block behandelt die allgemeinen statutarischen Bestimmungen, d.h. Anträge zu den Artikeln 1 bis 12, inkl. ein Teil von Artikel 13. Zuerst kommen alle Voten und dann alle Abstimmungen.

A-1: SP Stadt Genf: Manuel Zwiyssig, Florian Schweri, Christel Saura, Amanda Ojalvo, Bineta Ndiaye, Jean-Marie Mellana, Oriana Brücker, Olga Baranova, Albert Anor

Manuel Zwiyssig, PS Genève, begrüsst namens der SP Stadt Genf die vorgeschlagene Strukturform und möchte sich bei allen Beteiligten bedanken. Für den Sprechenden stellt sich aber die Frage, ob es dafür wirklich eine Namensänderung der Delegiertenversammlung braucht. Man wäre dann die einzige Partei ohne Delegiertenversammlung. Deshalb soll der Parteirat in Delegiertenversammlung unbenannt werden.

Samuel Bendahan, Nationalrat VD, spricht für die Geschäftsleitung und betont, dass aus Sicht der Partei diese Namensänderung wichtig ist. Der Begriff «Rat» ist einfach verständlich. Damit zeigen wir den demokratischen Charakter der Partei und schaffen auch sprachlich ein Gegengewicht zum Präsidium.

A-2: Leo Keller, SP Aarau, AG

Leo Keller, SP Aarau, weist darauf hin, dass die Klimakrise die grösste Herausforderung für die Menschheit ist. Die Klimajugend hat uns vor zwei Jahren aufgerüttelt. Aber es ist uns nicht gelungen, diese Bewegung in unserer Partei zu integrieren. Der alte Traum für mehr Wohlstand durch Wirtschaftswachstum ist geplatzt. Die Geschäftsleitung will uns weissmachen, dass der demokratische Sozialismus Nachhaltigkeit miteinschliesst. Dies grenzt an Fake News. Deshalb der Vorschlag, dass man explizit sagt, dass die SP sich für einen «nachhaltigen demokratischen Sozialismus» einsetzt.

Jacqueline Bedran, Nationalrätin ZH, vertritt die Position der Geschäftsleitung. Der Antragssteller hat zu 100 Prozent recht. Tatsächlich steht kein Wort zur Verpflichtung der SP zur Nachhaltigkeit. Die GL lehnt jedoch seinen Lösungsvorschlag aber ab. Der Begriff des «demokratischen Sozialismus» ist ein stehender Begriff als Abgrenzung gegenüber den sogenannten sozialistischen Staaten des früheren Ostblocks. Man kann diesem Begriff nicht einfach mit weiteren Wörtern wie «feministischer» oder «nachhaltiger» ergänzen. Der Zielartikel ist aber so oder so mangelhaft und muss generalüberholt werden. Dies soll am nächsten Parteitag geschehen.

A-3: Jenny Heeb (SP Stadt St.Gallen), Mathias Holenstein (SP Rapperswil-Jona), Margrit Zürcher-Braun (SP Rorschach Stadt am See), Noam Leiser (SP Kreis Rorschach), Daniel Kehl (SP Stadt St.Gallen), Marco Dal Molin (SP Stadt St.Gallen/KoKo), Chompel Balok (SP Stadt St.Gallen), Sina Eggimann (SP Rapperswil-Jona), Brigitta Kuratli (SP Rorschach Stadt am See), Andrea Scheck (SP Stadt St.Gallen/KoKo)

Keine Wortmeldungen. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-4 der GL: Rechtsform

Die Antragsstellenden sind mit der modifizierten Annahme einverstanden. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-5: Samantha Dunning, PSR Bienne, Susanne Clauss Biel-Stadt/Ost Co-Präsidium SP Gesamtpartei Biel/Bienne (gemeinsame Behandlung mit A-6 und A-9)

Die Antragsstellenden sind mit der modifizierten Annahme einverstanden. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-6: Philippe Garbani, délégué section Parti Socialiste Romand Bienne, PS BE (gemeinsame Behandlung mit A-5 und A-9)

Die Antragsstellenden sind mit der modifizierten Annahme einverstanden. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-7 der GL: Mitgliedschaft

Die Antragsstellenden sind mit der modifizierten Annahme einverstanden. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-8: Christine Goll, SP60+

Rebekka Wyler, führt aus, dass man mit der SP 60+ vereinbart hat, dass diese die notwendigen Informationen erhalten, um alle Parteimitglieder über 60 kontaktieren zu können. Dazu müssen auch fehlende Mitgliederdaten eruiert werden.

Christine Goll, Präsidentin SP 60+, meint, dass damit das Ziel erreicht ist. Die Sprechende ist froh, dass das Zentralsekretariat die SP 60+ bei der Kontaktierung der Zielgruppe unterstützt. Das bringt mehr als eine automatische Mitgliedschaft.

A-9: Samantha Dunning, PSR Bienne, Susanne Clauss Biel-Stadt/Ost Co-Präsidium SP Gesamtpartei Biel/Bienne (gemeinsame Behandlung mit A-5 und A-6)

Die Antragsstellenden sind mit der modifizierten Annahme einverstanden. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-10: Ueli Egger, Co-Präsident SP Kanton Bern, Delegierter SP Kanton Bern / GL SP Schweiz

Die Antragsstellenden sind mit der modifizierten Annahme einverstanden. Der modifizierte Antrag gilt als angenommen.

A-12: Yvonne Apiyo Brändle-Amolo, SP Migrant:innen, Virginia Köppli, SP Frauen *

Leandra Bias, SP Frauen*, möchte eine kurze Grundsatzdebatte zur häuslichen Gewalt lancieren. Dies war lange Zeit kein Thema der Politik. Die eigenen vier Wände war der Rückzugsort der männlichen Arbeiter. Auch wenn dies dann ein Ort der Hölle für die Frauen bedeutete. Es geht immer um das Wahre von Partikularinteressen. Dies zeigt sich auch in der Ablehnung des Antrages. Wir als Feministinnen brauchen Tag für Tag Energie für Kämpfe. Es wäre schön, wenn wir nicht auch in dieser Versammlung Energie für Selbstverständliches aufwenden müssen.

A-13: Virginia Köppli, Marilena Corti, Tamara Funicello, Martine Docourt, Ursula Funk, Pascale Michel, Laurie Willomet, Alina Oppikofer, Onaï Reymond (alle SP Frauen* Delegierte), Andrea Scheck Delegierte Stadt St.Gallen, Jessica Brandenburger Delegierte Stadt Basel, Ronja Jansen, Delegierte JUSO Schweiz, Apiyo Amolo, Delegierte SP Migrant:innen, Eva Keller Delegierte Stadt Bern Süd, Leandra Bias, Delegierte Bern Süd, Yusuf Kulmiye Delegierter Stadt Lausanne, Christel Saura, Delegierte Stadt Genf, Bea Klaus, Delegierte Stadt Aarau, Eva Keller, Delegierte SP Bern Süd Liselotte Lüescher, Delegierte Stadt Bern, Cécile Mermet, Delegierte Val de Travers, Mathilde Mottet, Delegierte JUSO, Jessica Perregaux, Delegierte Marigny, Cristina Zanini Barzaghi, Lugano, Arber Bullakaj, Delegierte SP Migrant:innen

Andrea Scheck, SP Stadt St. Gallen, ist erstaunt, dass man auch heute noch Quotendiskussionen in der SP fordern muss. Quoten waren schon immer ein Kampfmittel der von der GL abschätzig genannten «Partikularinteressen». Jede Frau kann bestätigen, dass Frauen in der Politik immer marginalisiert sind.

Laurie Willomet, SP Frauen*, will sich auch auf Französisch für diesen Artikel einsetzen. Es ist wichtig, dass es eine 50-Prozent-Quote für Frauen in den Gremien und Listen gibt. Die Argumente der Geschäftsleitung sind nicht stichhaltig. Natürlich ist die Frauenvertretung in der SP schon sehr gut, aber wir müssen weiter beispielhaft sein. Die 50 Prozent sind kein Zwang, sondern zeigen die Richtung auf.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz, betont, dass die SP eine feministische Partei ist und darauf sind wir stolz. Während Jahrzehnten mussten Frauen aber auch innerhalb der SP für ihre Rechte kämpfen. Wir haben überall Frauenvertretungen, die ansehnlich sind. Dies im Gegenteil zu den bürgerlichen Parteien. In der Geschäftsleitung wurde lange über diese Artikel diskutiert. Man will die Vielfalt innerhalb der Partei aufzeigen. Dieses Bekenntnis zur Vielfalt ist wichtig. Deshalb soll der Artikel allgemein gehalten werden. Was ist beispielsweise mit Arbeiterinnen und Arbeitern? Diese werden nirgends genannt. Wir wollen auch Menschen auf unseren Wahllisten haben, die keinen Hochschulabschluss haben.

A-15: Samantha Dunning, PSR Bienne, Susanne Clauss Biel-Stadt/Ost, Co-Präsidium SP Gesamtpartei Biel/Bienne

Keine Wortmeldung. Die Annahme des Antrags durch die Geschäftsleitung wird nicht bestritten. Somit gilt der Antrag als angenommen.

A-16 der GL: Kantonalparteien

Keine Wortmeldung. Der Antrag wird nicht bestritten und gilt deshalb als angenommen.

A-17 der GL: Die Jungsozialist*innen

Keine Wortmeldung. Der Antrag wird nicht bestritten und gilt deshalb als angenommen.

A-18 der GL: SP queer

Die Diskussion zu den Artikeln A-18 und A-19 wird gemeinsam geführt. Antrag A-19 stellt die Frage zur Namensgebung dieses Organs, welches bereits zuvor im Rahmen einer Resolution beschlossen wurde.

A-19: PS Genevois et PS Ville de Genève / SP Kanton Genf und SP Stadt Genf: Manuel Zwyszig, Florian Schweri, Christel Saura, Amanda Ojalvo, Bineta Ndiaye, Jean-Marie Mellana, Oriana Brücker, Olga Baranova, Albert Anor, Romain de Sainte Marie, Carine Simoes, Lydia Schneider Hausser...

Mathilde Mottet, JUSO, sagt, dass Queer als Identität schwer zu beschreiben ist. Es kann eher als eine Art Reise verstanden werden. Queer schliesst keine Identität aus. Die Sprechende versteht sich

als queer und das ist ein schönes Etikett. Queer ist eine Lebensweise. Deshalb sollte ein Name gewählt werden, der diese Vielfalt aufzeigt.

Angelo Barrile, Nationalrat ZH, begrüsst alle Genossinnen und Genossen und alle dazwischen und darüber hinaus. Im Namen der Arbeitsgruppe begründet er, weshalb man sich für diesen Namen entschieden hat. Queer fasst alle zusammen, während dies mit Buchstaben schwierig ist. Es ist auch aus kommunikativer Sicht wichtig, dass man einen einfach verständlichen Namen wendet. Er bittet, dem Antrag der Geschäftsleitung zu folgen.

Florian Schweri, PS Genève, weist darauf hin, dass es in Genf bereits eine entsprechende Gruppe innerhalb der SP gibt. Diese habe schockiert auf den Namensvorschlag reagiert. Der Sprechende erkennt sich im Begriff Queer nicht wieder. Einen Namen zu verwenden, den viele Betroffene nicht anerkennen, läuft den Bestrebungen entgegen. Es soll mit LGBTIQ+ ein Name gewählt werden, der für die Betroffenen stimmt.

Jon Pult, Nationalrat GR, empfiehlt, dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen. Es war die Arbeitsgruppe, der wir dieses Organ überhaupt verdanken, die die Verwendung des Namens SP Queer beantragt. Ihre Begründung ist stichhaltig. Er ist inklusiv. Während bei LGBTIQ+ die Gefahr besteht, dass schon bald ein Buchstabe fehlt und deshalb eine Statutendiskussion notwendig wird.

*A-22: Arber Bullakaj, SP Migrant:innen, Virginia Köppli, SP Frauen**

Arber Bullakaj, SP Migrant:innen, weist auf die Erfolge von Menschen mit Migrationshintergrund im Sport hin. Dies spiegelt sich nicht in der Politik. Menschen mit Migrationshintergrund werden oft schon gar nicht für das Team aufgestellt. Auch nicht in der SP. Oft muss man über Migrant:innen sprechen statt dass man diese einbindet. Die Frauen wissen, was der Sprechende meint. Der Parteirat wird ohne Quoten zu einem sehr homogenen Gremium.

Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz, sagt, dass im aktuellen Parteipräsidium nur eine Person nicht innerhalb einer Generation einen Migrationshintergrund aufweist. Das Problem bleibt aber, dass Quoten und Quoren immer unvollständig bleiben. So ist auch schwierig einzugrenzen, für welche Identitäten diese konkret gelten. Die Kategorie des Migrationshintergrundes ist sehr schwer festzumachen. Die Analyse ist aber völlig korrekt. In den letzten 20 oder 30 Jahre hat die Partei ungenügend gearbeitet.

A-23: Marcel Colomb, Markus Christen, Livia Diem, Felix Eichenlaub, Hans Sommer, Meret Rieger, Martin Leschhorn, Etiennette Verrey, SP Basel-Stadt

Keine Wortmeldung. Die Annahme des Antrags durch die Geschäftsleitung wird nicht bestritten. Somit gilt der Antrag als angenommen.

A-24 Virginia Köppli, Marilena Corti, Tamara Funiciello, Martine Docourt, Ursula Funk, Pascale Michel, Laurie Willomet, Alina Oppikofer, Onaï Reymond (alle SP Frauen Delegierte), Andrea Scheck Delegierte Stadt St.Gallen, Jessica Brandenburger Delegierte Stadt Basel, Ronja Jansen, Delegierte JUSO Schweiz, Apiyo Amolo, Delegierte SP Migrant:innen, Eva Keller Delegierte Stadt Bern Süd, Leandra Bias, Delegierte Bern Süd, Yusuf Kulmiye Delegierter Stadt Lausanne, Christel Saura, Delegierte Stadt Genf, Bea Klaus, Delegierte Stadt Aarau, Eva Keller, Delegierte SP Bern Süd Liselotte Lüescher, Delegierte Stadt Bern, Cécile Mermet, Delegierte Val de Travers, Mathilde Mottet, Delegierte JUSO, Jessica Perregaux, Delegierte Marigny, Cristina Zanini Barzaghi, Lugano, Arber Bullakaj, Delegierter SP Migrant:innen*

Kilian Winz vertritt den Antrag A-24. Es ist eine Frage der Kohärenz. Weshalb werden nicht andere Werte vorgeschlagen. 40 Prozent ist eine Politik der kleinen Schritte. Wir sind eine Partei der Gerechtigkeit und wir müssen ehrgeizig sein. Es geht um eine positive Diskriminierung. Tausende Bücher

haben bewiesen, dass dies wichtig ist. Der Vorschlag ist für uns nicht zufriedenstellend. Der Antrag behebt diesen Mangel.

Julia Baumgartner betont, dass eine Frauenquote keine Binarität der Geschlechter suggeriert. Die JUSO hat eine Quote eingeführt und diese zeigt auch Erfolg. Sie bittet, bei einer Gegenüberstellung dem Antrag 24 den Vorzug zu geben.

Virginia Köpfli hofft, dass allen Anwesenden bewusst ist, dass eine feministische Organisationsentwicklung kein Automatismus ist. Es braucht Druck, damit sich die Vertretung der Frauen innerhalb der SP verbessert. Bei Quoten geht es um Machtstrukturen. Es geht um die Frage, ob wir patriarchalen Strukturen in der Partei entgegenwirken wollen. Trotz gewissen Verbesserungen sind wir noch nicht da, wo wir sein wollen, und sollen diese auch nicht für selbstverständlich nehmen. Frauen sollen selbstverständlich zu mindestens 50 Prozent in allen Parteigremien vertreten sein.

Céline Widmer, Nationalrätin ZH, beantragt, dass dieser Antrag abgelehnt wird. Es gibt eine Regelung, die eine Mindestvertretung verlangt. Dieser Antrag ist aber eine komplette Abkehr vom bisherigen System. Hier geht es darum, wie wir unsere Gremien besetzen, und die bisherige Regelung ist genügend flexibel. Und so wird auch verhindert, dass es nicht Gruppen gibt, in denen ausschliesslich Frauen über Themen wie Gesundheit oder Pflege sprechen. Genau hier müssen Männer auch eingebunden werden. Die vorgeschlagene Änderung gefährdet diese Anliegen.

Martine Docourt, spricht für die Geschäftsleitung. Wir wissen, dass Diskriminierungen der Frauen in unserer Gesellschaft bestehen. Wir kämpfen für einen Sozialismus, der feministisch ist. Die Frauen müssen in allen Gremien Mitspracherechte haben. Deshalb empfiehlt die Geschäftsleitung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Abstimmungen Block 1 über die Anträge und die geänderten Artikel

A-1: Umbenennung von Parteirat in Delegiertenversammlung

Es ist eine einfache Mehrheit erforderlich.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss des Parteitags: Der Antrag A-1 wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

A-2: Art 1. Ziff. 1: Festschreiben des nachhaltigen demokratischen Sozialismus als ideologische Grundlage der SP in den Statuten

Es ist eine einfache Mehrheit erforderlich.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss des Parteitags: Der Antrag A-2 wird mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Bereinigter Artikel Art. 1

Für den bereinigten Artikel ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Da die Änderungsanträge abgelehnt wurden, kommt die von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Version zur Abstimmung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Es sind 383 Stimmen eingegangen. Mit 340 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei 18 Enthaltungen ist die 2/3 Mehrheit deutlich erreicht worden. Der Artikel lautet in den neuen Statuten so wie von der Geschäftsleitung vorgeschlagen.

Bereinigter Artikel Art. 3

Da die Anträge zu Artikel 3 entweder zurückgezogen wurden oder die Antragssteller:innen mit den modifizierten Fassungen einverstanden waren, braucht es keine Bereinigung. Es folgt direkt die Abstimmung über den geänderten Art. 3. Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Der bereinigte Artikel 3 wird angenommen. Es sind 344 Stimmen eingegangen. Mit 328 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen ist die 2/3 Mehrheit deutlich erreicht worden. Der Artikel lautet in den neuen Statuten so wie von der Geschäftsleitung vorgeschlagen.

A-12: Art. 4 Ziff. 1: Ziel der paritätischen Vertretung der Geschlechter sowie der angemessenen Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund und queeren Menschen in den Parteigremien und Wahllisten vs. A-13: Art. 4 Ziff. 1: Ziel von mind. 50% Frauen in den Parteigremien und Wahllisten

Die beiden Anträge werden gegenübergestellt. Es muss ausgezählt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu A-12

Beschluss des Parteitags: A-12 hat 182 und A-13 194 Stimmen erhalten. Es gab 10 Enthaltungen. Damit obsiegt A-13.

A-13: Art. 4 Ziff. 1: Ziel von mind. 50% Frauen in den Parteigremien und Wahllisten vs. A-11: gesamter Art. 4: Ziel der Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt in den Parteistrukturen und Wahllisten

Der in der vorherigen Abstimmung obsiegende Antrag A-13 wird dem Vorschlag der Geschäftsleitung, A-11, gegenübergestellt. Es wird ausgezählt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu A-11

Beschluss des Parteitags: A-11 hat 241 und A-13 130 Stimmen erhalten. Es gab 10 Enthaltungen. Damit obsiegt A-11.

A-12: Art. 4 Ziff. 1: Ziel der angemessenen Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteigremien und Wahllisten vs. A-11: gesamter Art. 4: Ziel der Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt in den Parteistrukturen und Wahllisten

Ein Element aus Antrag A-12 (Ziel der angemessenen Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteigremien und Wahllisten) wird dem Antrag A-11 gegenübergestellt. Es wird nicht ausgezählt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu A-11

Beschluss des Parteitags: A-11 obsiegt mit klarer Mehrheit gegenüber A-12.

A-12: Art. 4 Ziff. 1: Ziel der angemessenen Vertretung von queeren Menschen in den Parteigremien und Wahllisten vs. A-11: gesamter Art. 4: Ziel der Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt in den Parteistrukturen und Wahllisten

Ein Element aus Antrag A-12 (Ziel der angemessenen Vertretung von queeren Menschen in den Parteigremien und Wahllisten) wird dem Antrag A-11 gegenübergestellt. Es wird nicht ausgezählt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu A-11

Beschluss des Parteitags: A-11 obsiegt mit klarer Mehrheit gegenüber A-12.

Bereinigter Artikel Art. 4

Für den bereinigten Artikel ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Da die Änderungsanträge abgelehnt wurden, kommt die von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Version zur Abstimmung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Die Zustimmung zum bereinigten Art. 4 ist deutlich. Auf eine Auszählung wird verzichtet. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit ist somit erreicht.

A-18: neuer Art. 12: Schaffung eines Parteiorgans für die Anliegen von queeren Menschen mit dem Titel SP Queer

Es wird zuerst über die Grundsatzfrage der Schaffung eines solchen Organs entschieden. Eine Delegiertenversammlung hat einer entsprechenden Resolution zugestimmt aber der Parteitag entscheidet über die Statuten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zur Schaffung eines entsprechenden Organs

Beschluss des Parteitags: Bei wenigen Enthaltungen wird der Schaffung dieses Organs deutlich zugestimmt.

A-18: neuer Art. 12: Schaffung eines Parteiorgans für die Anliegen von queeren Menschen mit dem Titel SP queer vs. A-19: neuer Art. 12: Titel für neues Organ «SP LGBTIQ+»

Nachdem der Schaffung des Organs zugestimmt worden ist, stellt sich die Frage nach dem Namen. Die entsprechenden Anträge werden gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zum Namen gemäss A-18 (SP Queer)

Beschluss des Parteitags: Mit deutlicher Mehrheit wird das neue Organ den Namen «SP Queer» tragen (Zustimmung zum Namen gemäss Antrag A-18).

Bereinigter Artikel Art. 12

Für den bereinigten Artikel ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Da die Änderungsanträge abgelehnt wurden, kommt die von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen Version zur Abstimmung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Dem bereinigten Artikel Art. 12 wird mit sehr deutlicher Mehrheit zugestimmt. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit ist somit erreicht. Auf eine Auszählung wird verzichtet.

Gegenüberstellung A-23 Art. 13 Ziff. 2: 40%-Quote in den statutarischen Parteigremien und Kommissionen für Frauen und Männer (anstatt für beide Geschlechter) vs. A-24: Art 13 Ziff. 2: Mind. 50% Frauen in den statutarischen Parteigremien und Kommissionen

Im neuen Art. 13 schlägt die Geschäftsleitung wie bisher eine 40%-Quote in den statutarischen Parteigremien und Kommissionen für beide Geschlechter vor. A-24 fordert mindestens 50 Prozent Frauen in den statutarischen Parteigremien und Kommissionen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-24.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss Antrag A-23 obsiegt gegenüber A-24 mit 178 zu 169 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

A-20: keine 20%-Quote in den statutarischen Parteigremien und Kommissionen für Personen mit Migrationshintergrund vs. A-22: Art. 13 Ziff. 2: 20% Quote in den statutarischen Parteigremien und Kommissionen für Personen mit Migrationshintergrund

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-20.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss Antrag A-20 obsiegt mit 211 zu 129 Stimmen für A-22 bei 18 Enthaltungen.

Block 2

Dieser Block behandelt Fragen zum Parteitag und den ausserordentlichen Parteitag.

A-25 (gesamter Art. 14) der GL: Der Parteitag

Mattea Meyer erläutert, weshalb die Änderungen hier notwendig sind. Es sind insbesondere die Aufgaben. Neu sollen alle Unterlagen in Deutsch, Französisch und Italienisch übersetzt werden. Auch die Simultanübersetzungen werden neu in allen drei Landessprachen erfolgen.

A-27: Matthieu Béguelin, Parti socialiste neuchâtois

Der Antrag wurde zurückgezogen. Entsprechend keine Wortmeldungen.

A-29: Andrea Fuchs-Müller (SP Zürich 7 und 8)

David Rüegg, SP Stadt Zürich, beantragt namens der SP Zürich 7 und 8, dass die Organe entsprechend der Anzahl Mitglieder am Parteitag vertreten sind.

Jon Pult, Nationalrat GR, weist namens der Geschäftsleitung darauf hin, dass bereits bisher die Organe mit jeweils 12 Delegierten vertreten sind. Dies soll unbedingt beibehalten werden. Es gibt natürlich Unterschiede. So sind beispielsweise alle Frauen automatisch auch Mitglied der SP Frauen*. Das ist eine ganz andere Ausgangslage, als dies die SP Migrant:innen haben. Deshalb sollen alle Organe gleichberechtigt behandelt werden.

A-28: Samantha Dunning, PSR Bienne, Susanne Clauss Biel-Stadt/Ost, Co-Präsidium SP Gesamtpartei Biel/Bienne (gemeinsame Behandlung mit A-30)

A-30: Samantha Dunning, PSR Bienne, Susanne Clauss Biel-Stadt/Ost, Co-Präsidium SP Gesamtpartei Biel/Bienne (gemeinsame Behandlung mit A-28)

Rebekka Wyler, teilt mit, dass die beiden Antragsstellerinnen kurzfristig verhindert sind. Diese sind der Meinung, dass die Stadtparteien eine eigene Ebene mit eigenen Themen und Positionen haben und deshalb direkt vertreten sein sollten.

Mattea Meyer beantragt A-28 und A-30 zur Ablehnung, weil wie bisher die Sektionen proportional zu ihrer Grösse und die Kantonalparteien je zwei Delegierte für den Parteitag stellen sollen.

A-31: Carmen Muffler und Luka Markić, SP Kanton Schwyz

Luka Markic, SP Kanton Schwyz, hegt die Befürchtung, dass mit der Einführung eines Parteirates eine Entfremdung zwischen Basis und Präsidium entsteht. Wichtige Geschäfte und Kompetenzen sollen dem Parteitag übertragen werden. Über wichtige Geschäfte muss ein breit abgestütztes Organ entscheiden. Dieser Antrag ist eine Chance für mehr Basisdemokratie.

A-33: Nenad Stojanović (PS Lugano) (gemeinsame Behandlung mit A-32)

Nenad Stojanovic, PS Lugano, weist darauf hin, dass allein die Bundesratsfraktion für die Nomination von Bundesräten verantwortlich ist. Mit einem parteiinternen Vorwahlverfahren könnten optimal verankerte Personen für den Bundesrat nominiert werden. Diese Forderung wurde bereits am Parteitag in Lugano erhoben. Der Sprechende hofft, diesmal eine Mehrheit dafür zu erhalten.

Clémence Danesi, JUSO, bedauert, dass die Kandidat:innen für den Bundesrat nicht durch die Basis der Partei bestimmt werden. Die Sprechende kann das Argument der Geschäftsleitung nicht nachvollziehen. Die Wahlfreiheit der Parlamentarier:innen soll nicht beschnitten werden.

A-34 Andrea Fuchs-Müller (SP Zürich 7 und 8)

David Rüegg, SP Stadt Zürich, wünscht, dass das Präsidium den Parteitag einberuft.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz, äussert sich zu den Anträgen A-31, A-33 und A-24. Die Sprechende betont namens der Geschäftsleitung, dass der Parteitag das oberste Organ ist und bleiben soll. Aber beispielsweise das Ergreifen von Referenden kann aus zeitlichen Gründen oft nicht durch einen Parteitag beschlossen werden. Der Grundsatz ist, dass der Parteitag zuständig ist, aber wenn dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, dann wird die Kompetenz an den Parteirat delegiert. Vorgesehen ist, dass der Parteirat ein Vorschlagsrecht für die Nomination der Bundesratskandidat:innen zu Handen der Fraktion hat. Aber eine Instruktion der Fraktion ist nicht möglich. Wenn das Parteipräsidium einen Parteitag einberufen soll, wird damit eine Ebene übersprungen.

A-36: Heinz Looser, Delegierter der Sektion SP Zürich 1&2.

Heinz Looser, SP Zürich 1&2, möchte mit digitalen Mitteln den Parteitag ergänzen. Heute geschieht die Vorbereitung sehr isoliert. Man weiss nicht, was die anderen Sektionen eingereicht haben, wodurch viel Leerlauf entsteht. So fehlt eine Bündelung der Anliegen, die sich oft nur durch ihre Formulierung unterscheiden. Dafür gibt es Lösungen. Das Tool «Adhocracy+» wurde bereits getestet und es gab sehr gute Erfahrungen. Hier sieht man sogleich, wer an welchen Anträgen arbeitet bzw. diese bereits gestellt hat.

Rebekka Wyler, äussert sich dazu, da es sich um eine operative Frage handelt. Die Vorbereitung des Parteitages ist die Aufgabe der Entsendenden. Aus Sicht der Sprechenden ist der Antrag nicht

praktikabel. Die Diskussionen würden voraussichtlich an einem anderen Ort stattfinden, da das Präsidium ja auch Einblick hätte in einen solchen Kommunikationskanal.

A-57 Matthieu Béguelin, Parti socialiste neuchâtelois

Matthieu Béguelin, Parti socialiste neuchâtelois, befürchtet mit dem neuen Gremium eine Vermischung der Kompetenzen. Es sei zudem disproportional, wenn derart wenige Menschen über die Lancierung bzw. Unterlassung eines Referendums entscheiden können. Dies sei nicht repräsentativ für die Basis und demobilisiere diese.

A-35 Andrea Fuchs-Müller (SP Zürich 7 und 8)

Michael Olivo, SP Stadt Zürich, bedauert, dass ausgerechnet die Wahl von wichtigen Parteigremien in der Kompetenz des Parteirates liegen. Insbesondere Belange, die die Finanzen betreffen. Diese Kompetenzen sollten der Basis respektive dem Parteitag vorbehalten werden.

Abstimmung Block 2 über die Anträge und die geänderten Artikel

A-28/A-30: Ein:e Direktparteitagsdelegierte:r pro Stadtpartei vs. A-25: Keine Direktparteitagsdelegierten für die Stadtparteien

Die Anträge A-28 und A-30 werden dem Antrag A-25 gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-25.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss Antrag A-25 obsiegt mit deutlicher Mehrheit.

A-29: Anzahl Parteitagsdelegierte der Organe prozentual nach Anzahl Mitglieder vs. A-25: Pro Organ fix 12 Parteitagsdelegierte

Antrag A-29 wird Antrag A-25 gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-25.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss Antrag A-25 obsiegt mit deutlicher Mehrheit.

Teil von A-31: Vorschlagsrecht des Parteitags z.H. Nomination der Bundesratskandidat:innen durch Fraktion vs. A-32/ A-33: Direkte Nomination der Bundesratskandidat:innen durch Parteitag

Antrag A-31 wird den Anträgen A-32 und A-33 gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-31.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss Antrag A-31 (Vorschlagsrecht des Parteitags) obsiegt mit deutlicher Mehrheit.

Teil von A-31: Vorschlagsrecht des Parteitags z.H. Nomination der Bundesratskandidat:innen durch Fraktion vs. A-38: Vorschlagsrecht des Parteirats z.H. Nomination der Bundesratskandidat:innen durch Fraktion

Die obsiegende Variante (A-31) aus der vorherigen Abstimmung wird nun der Variante der Geschäftsleitung (A-38) gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Variante aus A-38 «Vorschlagsrecht des Parteirats» siegt mit 140 Stimmen gegenüber der Formulierung von A-31 «Vorschlagsrecht des Parteitags» mit 139 Stimmen. Es gibt 20 Enthaltungen.

Teil von A-31: Parolenfassung zu eidg. Abstimmungen immer durch Parteitag vs. A-25: Parolenfassung zu eidg. Abstimmungen durch Parteitag falls zeitlich möglich

Antrag A-31 wird dem Antrag A-25 der GL gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-25.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss Antrag A-25 (Parolenfassung zu eidg. Abstimmungen durch Parteitag falls zeitlich möglich) obsiegt mit deutlicher Mehrheit gegenüber Antrag A-31.

Teil von A-31: Lancieren und Unterstützen von Referenden durch Parteitag vs. A-38: Lancieren und Unterstützen von Referenden durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegen A-31.

Teil von A-31: Unterstützen der Lancierung von eidgenössischen Volksinitiativen immer durch den Parteitag vs. A-25: Unterstützen der Lancierung von eidgenössischen Volksinitiativen durch den Parteitag falls zeitlich möglich

Es geht hier um die Unterstützung von Initiativen. Will die Partei selbst eine Initiative lancieren, ist dies klar in der Kompetenz des Parteitages. Es geht hier also lediglich darum, wer über die Unterstützung einer Initiative entscheiden kann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-25.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-25 siegt deutlich gegenüber A-31.

Teil von A-31: Wahl der (Co)-Generalsekretär:innen durch Parteitag vs. A-38: Wahl der (Co)-Generalsekretär:innen durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-31.

Teil von A-58: Wahl der Geschäftsprüfungskommission und Verabschiedung Reglement Geschäftsprüfungskommission durch Parteitag vs. A-38: Wahl der Geschäftsprüfungskommission und Verabschiedung Reglement Geschäftsprüfungskommission durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-58.

Teil von A-58: Wahl Mitglieder Finanzkommission und Verabschiedung Reglement Finanzkommission und Finanzreglement Partei durch Parteitag vs. A-38: Wahl Mitglieder Finanzkommission und Verabschiedung Reglement Finanzkommission und Finanzreglement Partei durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-58.

Teil von A-57/58: Wahl Delegierte SP Europa durch Parteitag vs. A-38: Wahl Delegierte SP Europa durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-57/A-58.

Teil von A-57: Ausschluss von Sektionen sowie Rekurse dagegen durch Parteitag vs. A-38: Ausschluss von Sektionen sowie Rekurse dagegen durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-57.

Teil von A-57: Rekurs gegen Ausschluss durch Präsidium durch Parteitag vs. A-38: Rekurs gegen Ausschluss durch Präsidium durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-57.

Teil von A-58: Wahl Revisionsstelle durch Parteitag vs. A-38: Wahl Revisionsstelle durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-38 siegt deutlich gegenüber A-58.

A-34: Einberufung des Parteitages durch Parteipräsidium vs. A-25: Einberufung des Parteitages durch Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-25.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-25 siegt deutlich gegenüber A-34.

A-36: Parteitagsvorbereitung mit virtuellem Diskussionsforum vs. A-25: keine Parteitagsvorbereitung mit virtuellem Diskussionsforum

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-25.

Beschluss des Parteitags: Die Formulierung gemäss A-25 siegt deutlich gegenüber A-36.

Bereinigter Artikel Art. 14

Für den bereinigten Artikel ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Abstimmung wird per Handmehr ermittelt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Die Zustimmung zum bereinigten Art. 14 ist deutlich. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit ist somit erreicht. Auf eine Auszählung wird verzichtet.

Block 3

Dieser Block behandelt Anträge zum Parteirat.

Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz, möchte eine Klärung vornehmen. Selbstverständlich sind die Kompetenzen des Parteirates sowohl operativ wie auch strategisch. Tatsächlich werden einige Kompetenzen von der Geschäftsleitung zum Präsidium verschoben. Damit wird die bereits heute geltende Realität abgebildet. Der Parteirat wird aber eine starke und hoffentlich konstruktive Position gegenüber dem Präsidium haben.

A-39: Nicola Siegrist, Geschäftsleitung; Ronja Jansen, Präsidium, Muriel Günther, Geschäftsleitung

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin, erwähnt, dass auch die SP Zürich diesen Antrag miteingebracht hat. Benjamin Sourlier wird für diese Position vertreten.

Finn van Belle, JUSO, beantragt, dass der Parteirat häufiger zusammentreten soll, um eine bessere Dynamik zu erzielen. Dieser Vorschlag ermöglicht eine sorgfältigere Vorbereitung der Parteitage. Ohne diese Änderung befürchtet die JUSO eine dysfunktionale Struktur der Partei. Wird der Vorschlag nicht angenommen, würde sich die JUSO gegen die geplante Reform wehren.

Benjamin Sourlier, SP Zürich, vertritt die Meinung, dass sechs Treffen das Minimum seien. Die Geschäftsleitung habe sich bisher mindestens zehnmal pro Jahr getroffen. Ansonsten würden die strategischen Entscheide einfach durch das Präsidium getroffen.

Nicola Siegrist, JUSO, sieht Potenzial in den neuen Strukturen der SP. Der Parteirat als Gremium für strategische Diskussionen übernimmt eine wichtige Aufgabe. Aber ein Gremium, das sich nur alle drei Monate trifft, ist dysfunktional.

Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH, erhofft sich namens der Geschäftsleitung eine klipp und klare Ablehnung dieses Antrages. Die Idee der Reform ist, dass die Partei insgesamt zusammenwächst. Zwischen den Parteiratssitzungen gibt es Sitzung der diversen Gremien auf sämtlichen Ebenen der Partei. Ein Fixum von sechs Sitzungen droht das System zu überfordern und somit zu schwächen anstatt zu stärken. Sowohl die Ehrenamtlichen als auch das Sekretariat und die Finanzen. Es sind mindestens vier Sitzungen vorgesehen. In dringlichen Fällen kann aber jederzeit eine zusätzliche Sitzung einberufen werden. Auch Zirkularbeschlüsse sind möglich.

Ordnungsantrag von Cédric Wermuth: Die Redezeit von zwei auf eine Minute zu verkürzen.

Begründung: Erheblicher Rückstand im Zeitplan.

Beschluss des Parteitags: Mit ganz wenigen Gegenstimmen wird diesem Antrag zugestimmt.

A-43: Jenny Heeb (SP Stadt St.Gallen), Mathias Holenstein (SP Rapperswil-Jona), Margrit Zürcher-Braun (SP Rorschach Stadt am See), Noam Leiser (SP Kreis Rorschach), Daniel Kehl (SP Stadt St.Gallen), Marco Dal Molin (SP Stadt St.Gallen/KoKo), Chompel Balok (SP Stadt St.Gallen), Sina Eggimann (SP Rapperswil-Jona), Brigitta Kuratli (SP Rorschach Stadt am See), Andrea Scheck (SP Stadt St.Gallen/KoKo) (gemeinsame Behandlung mit A-44)

Chompel Balok, SP St. Gallen, sieht in Transparenz eine grundlegende Voraussetzung für die Teilnahme von allen. So wird sichergestellt, dass alle auf demselben Wissensstand sind. Damit wird auch die Akzeptanz der Entscheide gestärkt. Transparenz ist ein wichtiger Grundpfeiler der Partei und darf nicht geschwächt werden.

Samuel Bendahan, Nationalrat VD, betont, dass der Parteirat ein internes Organ ist. Das bedeutet nicht, dass es keine Transparenz gibt. Aber in einem Parteirat wird intern diskutiert. An einem Parteitag richten wir uns sowohl nach innen wie nach aussen.

A-44: Clémence Danesi (JS Suisse), David Raccaud (PS Bussigny), Joakim Martins (PS Lausanne), Samuel de Vargas (PS Lausanne), Romain Pilloud (PS Montreux), Yusuf Kulmiye (PS Lausanne) (gemeinsame Behandlung mit A-43)

Joakim Martins, PS Lausanne, erinnert, dass das Ziel der Strukturreform ist, die Basis besser einzubinden. Deshalb stellt sich ihm die Frage, welches demokratische Parlament interne Diskussionen ohne Transparenz hat. Es braucht eine Zustimmung zu diesem Antrag, um die demokratischen Strukturen der Partei zu schützen.

A-48: Parti socialiste vaudois - Jessica Jaccoud

Ueli Egger, SP Kanton Bern, will keine bernische Grossmachtpolitik aufleben lassen. Er weist aber auf die grosse Diskrepanz zwischen den verschiedenen Kantonalparteien bezüglich Mitgliederzahlen hin. Die SP Kanton Bern wünscht einen dritten Sitz für Kantonalparteien mit mehr als 3000 Mitgliedern. Mit 1000 Mitgliedern hätte man einen Sitz. So könnte der Vielfältigkeit mehr Rechnung getragen werden.

A-49: Samantha Dunning, PSR Bienne, Susanne Clauss Biel-Stadt/Ost, Co-Präsidium SP Gesamtpartei Biel/Bienne

Wurde zurückgezogen.

A-51: Matthieu Béguelin, Parti socialiste neuchâtelois

Matthieu Béguelin, Parti socialiste neuchâtelois, erinnert, dass sich Kompetenzen, die sich bisher auf 400 Delegierte verteilt haben, dem Parteirat übertragen werden. Eine bessere Abstützung ergäbe sich, wenn der Parteitag 25 statt 10 Personen in dieses Gremium wählen könnte.

Jon Pult, Nationalrat GR, bittet, auf der Linie der Geschäftsleitung zu bleiben. Diese glaubt, dass die Repräsentanz wie vorgeschlagen die richtige ist. Es geht nicht darum, die Partei möglichst genau zu repräsentieren. Es geht darum, dass jene Personen, die auf dem Terrain die Verantwortung tragen, beteiligt sind. Gleichzeitig soll das Gremium nicht zu gross werden.

A-52: Marcel Colomb, Markus Christen, Livia Diem, Hans Sommer, Sarah Wyss, Mirjam Sinniger, Martin Leschhorn, Etienne Verrey, SP Basel-Stadt

Marcel Colomb, SP Basel-Stadt, betont, dass ein schlagkräftiger und agiler Parteirat übersichtlich sein muss. Der Sprechende befürchtet, dass mit der vorgeschlagenen Einsitznahme von Vertretern der Foren diese Übersichtlichkeit verloren geht.

Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz, verteidigt die Foren. Menschen aus unterschiedlichen Kantonen sollen sich in solchen Gruppen zusammenschliessen können. Wenn es Organisationen sind, die eine gewisse Kontinuität haben, sollen diese auch gefördert werden. Aber mit den gegebenen Bedingungen und der notwendigen Zulassung durch den Parteirat bestehen genügend Möglichkeiten zur Regulierung.

A-53: Carlo Lepori; Yannick Demaria

Carlo Zoppi, SP Lugano, ist der Meinung, dass eine Auslosung eine Möglichkeit ist, die Diversität innerhalb von politischen Gremien zu verbessern. So können Menschen einbezogen werden, die sonst keinen Zugang haben.

A-54: Nenad Stojanović (PS Lugano)

Nenad Stojanovic, SP Tessin, glaubt, dass man heute die Möglichkeit hat, etwas Einmaliges zu wagen. Das Losverfahren ist auch ein demokratisches Auswahlverfahren. Denn so haben alle die gleichen Möglichkeiten, Mitglied des Parteirates zu werden. Bereits an verschiedenen Orten wird dieses Instrument eingesetzt. Der Sprechende kann deswegen die Opposition der Parteileitung nicht verstehen.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz, vertritt die Haltung der Geschäftsleitung zu den Anträgen 53 und 54. Die Kompetenz, die frei gewählten Mitgliedern des Parteirats zu bestimmen, will man dem Parteitag nicht entziehen. Unklar wäre auch, ob es einen Amtszwang gäbe. Die Sprechende ist zuversichtlich, dass man gute und motivierte Personen finden wird.

Abstimmung Block 3 über die Anträge und die geänderten Artikel

A-39: mindestens 6 Parteiratssitzungen jährlich vs. A-38: mindestens 4 Parteiratssitzungen jährlich

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag A-38 obsiegt mit 152 Stimmen gegenüber 87 für A-39 bei vier Enthaltungen.

A-40: Leitung des Parteirats alternierend durch 1-2 Mitglieder des Parteipräsidiums repräsentativ nach Sprachregionen und Geschlecht vs. A-38: Leitung des Parteirats durch dreiköpfiges, vom Parteirat gewählte Leitung aus allen drei Sprachregionen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag A-38 obsiegt sehr deutlich gegenüber A-40.

A-42: Prüfung niederschwelliger Formen der Beteiligung von Mitgliedern an Parteiratssitzungen vs. A-38: Keine Prüfung niederschwelliger Formen der Beteiligung von Mitgliedern an Parteiratssitzungen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu A-42.

Beschluss des Parteitags: Da eine Annahme von A- 42 nicht bestritten wird, entfällt die Abstimmung.

A-43/A-44: Grundsätzliche Öffentlichkeit der Parteiratssitzungen, Möglichkeit der Tagung unter Ausschluss der Öffentlichkeit vs. A-38: Grundsätzlich sind Parteiratssitzungen nicht öffentlich

Die Anträge A-43 und A-44 werden dem Antrag der Geschäftsleitung A-38 gegenübergestellt. Die Abstimmung wird ausgezählt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Die Anträge (A-43 und A-44) für grundsätzliche Öffentlichkeit obsiegen mit 145 Stimmen gegen 96 Stimmen für die Formulierung gemäss A-38 bei 6 Enthaltungen.

A-38: 1 Parteiratssitz für jede Kantonalpartei, 1 zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien mit über 2'000 Mitglieder vs. A-45: 1 zusätzlicher Parteiratssitz für Kantonalparteien mit über 1000 Mitglieder, 2 zusätzliche Parteiratssitze für Kantonalparteien mit über 3000 Mitgliedern

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt gegenüber A-45.

A-38: 1 Parteiratssitz für jede Kantonalpartei, 1 zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien mit über 2'000 Mitglieder vs. A-48: Kantonalparteien haben Anrecht auf 1-3 Sitze im Parteirat proportional zu ihrer Mitgliederzahl

Die obsiegende Variante aus der vorherigen Abstimmung (A-38) wird A-48 gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt deutlich gegenüber A-48.

A-38: 1 Parteiratssitz für jede Kantonalpartei, 1 zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien mit über 2'000 Mitglieder vs. A-46/A-47: 1 zusätzlicher Parteiratssitz für Kantonalparteien aus Kantonen mit über 300'000 Einwohner:innen

Die obsiegende Variante aus der vorherigen Abstimmung (A-38) wird den Anträgen A-46 und A-47 gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt gegenüber den Anträgen A-46 und A-47.

A-38: 1 Parteiratssitz für jede Kantonalpartei, 1 zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien mit über 2'000 Mitglieder vs. Teil von A-51: Je 1 Parteiratssitz für alle Kantonalparteien

Die obsiegende Variante (A-38) aus der vorherigen Abstimmung wird der Formulierung von A-51 gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt deutlich gegenüber A-51.

A-49: 1 Parteiratssitz für Sektionen aus Gemeinden mit über 50'000 Einwohner:innen

Der Antrag A-49 wurde zurückgezogen, da im Effekt gleichlautend mit A-38, da es genau 10 Städte mit mehr als 50'000 Einwohner:innen gibt.

A-38: 1 Parteiratssitz für Stadtparteien der 10 grössten Städte vs. A-50: 1 Parteiratssitz für Sektionen aus den 5 grössten Städten

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt deutlich gegenüber A-50.

A-38: 1 Parteiratssitz für Stadtparteien der 10 grössten Städte vs. A-51: Kein Sitz für Stadtparteien im Parteirat

Die obsiegende Variante (A-38) aus der vorherigen Abstimmung wird der Formulierung von A-51 (Kein Sitz für Stadtparteien im Parteirat) gegenübergestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt sehr deutlich gegenüber A-51.

A-51: Ein Sitz im Parteirat pro Organ resp. JUSO vs. A-38: Zwei Sitze im Parteirat pro Organ resp. JUSO

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt sehr deutlich gegenüber A-51.

A-55: Parteiratsvertreter:innen von Themenkommissionen und Foren müssen nicht Leitungspersonen sein

Der Antrag wurde zurückgezogen. Die Abstimmung entfällt.

A-52: Kein Sitz im Parteirat für Vertreter:innen der Foren vs. A-38: Ein Sitz im Parteirat für Vertreter:innen der Foren

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt deutlich gegenüber A-52.

Daraufhin ziehen die Antragssteller:innen von Antrag A-82 (Verzicht auf Foren) diesen zurück.

Teil von A-53/A-54: Gewisser Anteil der freigewählten Parteiratsmitglieder werden durch Losverfahren aus allen SP-Mitgliedern ausgewählt vs. A-38: Keine freigewählten Parteiratsmitglieder werden durch Losverfahren aus allen SP-Mitgliedern ausgewählt, alle freigewählten Parteiratsmitglieder werden vom Parteitag gewählt

Es gibt zuerst eine Grundsatzabstimmung, ob das Losverfahren überhaupt eine Möglichkeit zur Bestimmung von freigewählten Parteiratsmitgliedern sein soll. Falls das Verfahren angenommen wird, wird anschliessend festgestellt, wie viele Delegierte per Los bestimmt werden sollen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung des Losverfahrens.

Beschluss des Parteitags: A-38 obsiegt gegenüber A-53/A-54. Die Möglichkeit eines Losverfahrens wird klar abgelehnt.

A-38: Bis zu 10 freigewählte Parteitagsglieder im Parteirat vs. A-51: 25 freigewählte Parteitagsglieder im Parteirat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Formulierung gemäss A-38.

Beschluss des Parteitags: Antrag A-38 obsiegt deutlich gegenüber A-51.

Bereinigter Artikel Art. 14

Für den bereinigten Artikel ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Gegenüber dem Vorschlag der Geschäftsleitung wurde die grundsätzliche Öffentlichkeit der Parteiratssitzungen beschlossen. Die Abstimmung wird mit Handmehr durchgeführt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Mit einigen wenigen Gegenstimmen wird dem bereinigten Artikel Art. 14 zugestimmt. Die 2/3 Mehrheit ist deutlich erreicht.

Ordnungsantrag von Alizée Rey: Nur noch Block 4 und 6 zu behandeln. Die restlichen Punkte der Statutenrevision (Block 5 und 7) sollen am nächsten Parteitag vom 5. Februar 2022 diskutiert werden.

Begründung: Es soll aus zeitlichen Gründen nur noch jene Elemente behandelt werden, die für die Einführung der neuen Strukturen auf Anfang Jahr zwingend notwendig sind.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Mit ganz wenigen Gegenstimmen wird diesem Antrag zugestimmt.

Block 4

In diesem Block geht es um die Streichung der Delegiertenversammlungen. Die Anträge A-62 und A-21 wurden auf Grund des bisherigen Verlaufes der Debatte zurückgezogen.

Geänderter Artikel Art. 16

Für den geänderten Artikel Art. 16 ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Abstimmung wird mit Handmehr durchgeführt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Mit einigen wenigen Gegenstimmen wird dem bereinigten Artikel Art. 16 zugestimmt. Die 2/3 Mehrheit ist deutlich erreicht.

Block 6

In diesem Block geht es nur noch um die bereinigte Version von Art. 13. Beschlossen wurde bereits zuvor, dass es keine Delegiertenversammlungen mehr gibt und stattdessen zweimal pro Jahr einen Parteitag sowie den neu geschaffenen Parteirat.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss des Parteitags: Mit einigen wenigen Gegenstimmen wird dem bereinigten Artikel Art. 13 zugestimmt. Die 2/3 Mehrheit ist deutlich erreicht.

Gemeinsame Gesamtabstimmung über die nicht bestrittenen Änderungen

Die umstrittenen Artikel wurden alle bereinigt, ihnen wurde im Minimum mit einer Zweidrittelmehrheit zugestimmt. Nun kommt es zu einer gemeinsamen Schlussabstimmung über alle von der Geschäftsleitung beantragten Statutenänderungen, die nicht bestritten wurden. Es handelt sich dabei um die Artikel Art. 2, Art. 3, Art. 6, Art. 7, Art. 9, Art. 14, Art. 17, Art. 18, Art. 20, Art. 21, Art. 26, Art. 27. Auch bei dieser Abstimmung ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu den geänderten Artikeln.

Beschluss des Parteitags: Mit einigen wenigen Enthaltungen wird den geänderten Artikel Art. 2, Art. 3, Art. 6, Art. 7, Art. 9, Art. 14, Art. 17, Art. 18, Art. 20, Art. 21, Art. 26, Art. 27 zugestimmt. Die 2/3 Mehrheit ist deutlich erreicht.

Schlussabstimmung

Schlussabstimmung über die gesamten angepassten und bereinigten Statutenartikel. Dazu ist wiederum eine Zweidrittelmehrheit notwendig.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung zu den neuen Statuten.

Beschluss des Parteitags: Mit einigen wenigen Gegenstimmen wird den neuen Statuten zugestimmt.

Rebekka Wyler weist in Bezug auf das weitere Vorgehen darauf hin, dass die heute beschlossenen Statutenänderungen bereits per 1.1.2022 in Kraft treten werden und die noch verbliebenen Blöcke 5 und 7 wie beschlossen am Parteitag vom 5. Februar 2022 in Genf noch behandelt werden.

Grosser Applaus für Rebekka Wyler und alle, die die grosse Arbeit rund um die Statutenrevision geleistet haben.

12. Parolenfassung zu den Eidg. Abstimmungen vom 26. September 2021 und 28. November 2021

Eidg. Abstimmung vom 26. September 2021

Im September kommen folgende zwei Vorlagen zur Abstimmung:

- Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

An der digitalen Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 haben die Delegierten zu beiden Vorlagen die Ja-Parole gefasst.

Eidg. Abstimmung vom 28. November 2021

«Volksinitiative Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»

Nenad Stojanovic, glaubt nicht, dass es ihm in einer Minute gelingt, jemanden hier von dieser Initiative zu überzeugen. Der Sprechende betont, dass das heutige System vor allem die SVP begünstigt, die einen Drittel der Sitze im Bundesgericht besetzt. Es ist aber nicht ein Drittel der Bevölkerung, die

die SVP unterstützt. Viele Menschen können beispielsweise gar nicht wählen. Die SVP instrumentalisiert die Justiz. Die Führungsriege der SVP trifft sich mit den Richtern und trimmt diese auf Parteilinie. Im Asylbereich werden Beschwerden von SVP-Richtern viel strenger beurteilt werden als von anderen Richter:innen – ist uns das egal? Die Linken haben im Parlament einen Gegenvorschlag eingebracht, doch die Bürgerlichen wollten davon nichts hören. Der Weg ist deshalb, jetzt diese Initiative zu unterstützen.

Emanuel Amos, Nationalrat VS, erinnert an die Donzallaz-Affäre, die in den vergangenen Jahren Schlagzeilen gemacht hat. Die Probleme lässt sich mit der Initiative nicht lösen. Das Losverfahren würde nicht zu einer diverseren und transparenteren Besetzung der Richterposten führen. Eine Expertenkommission für die Auswahl wäre nicht neutraler als das Parlament oder der Bundesrat es heute sind.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt einstimmig die Nein-Parole.

Beschluss des Parteitags: Deutliche Nein-Parole.

Volksinitiative «Für eine starke Pflege»

Tom Cassee, führt aus, dass die Initiative fordert, dass endlich anständige Bedingungen in der Pflege Realität werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt einstimmig die Ja-Parole.

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Ja-Parole

Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung, Kulturschaffende, Veranstaltungen)

Tom Cassee, weist auf die Worte von Alain Berset vom Vormittag hin. Dieser habe klar gezeigt, weshalb ein Ja zu dieser Änderung im Bundesgesetz wichtig ist.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt einstimmig die Ja-Parole.

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Ja-Parole

13. Sozialdemokratische Europapolitik: Weiteres Vorgehen, Informationen und Diskussion

Rebekka Wyler erläutert, dass die Geschäftsleitung die Signale der Basis vernommen habe. Diese hat deshalb einen Ausschuss zur Vorbereitung der kommenden Diskussionen eingesetzt.

Jon Pult, Nationalrat GR, nennt die Mitglieder des Ausschusses: Marina Carobbio, Pierre-Yves Mailard, Jacqueline Fehr, Adda Mara, Eric Nussbaumer, Benedikt Fischer, Rebekka Wyler, Severin Meier und der Sprechende selbst. Dieser Ausschuss arbeitet im Auftrag des Präsidiums zuhanden des Präsidiums. Es soll ein Dokument erarbeitet werden, dass nach der Diskussion im Präsidium an den Parteirat und von da aus vor den Parteitag im Oktober des nächsten Jahres kommen soll. Der Ausschuss soll die Grundlagen für die konstruktive Auseinandersetzung in unseren Gremien mit der EU liefern. Im nächsten Jahr wird es mindestens eine Tagung zu Europa und Sozialdemokratie geben

und wir werden uns unter Einbezug aller mit Europa befassen. Für die SP Schweiz ist es klar, wir gehören zu Europa. Wir haben die Perspektive einer demokratischeren, sozialeren und ökologischeren Europäischen Union. Unser Ziel ist es, europäische Politik mitgestalten zu können. Es gilt, die Teilnahme der Schweiz bei Forschung auf europäischer Ebene und die Freigabe der Kohäsionsmilliarde zu sichern. Daher schlagen wir die Resolution von Mustafa Atici und den Antrag von Fabian Molina zur Annahme vor.

Mustafa Atici, Nationalrat BS, betont, dass Europa mehr Zusammenarbeit auf allen Ebenen braucht. Nein zu EWR, Ja zu Masseneinwanderungsinitiative, Abbruch der Verhandlungen. Das scheint ein schlechter Scherz zu sein. Als Forschungs- und Bildungsland profitieren wir enorm von der Zusammenarbeit mit der EU. Da brauchen wir eine langfristige Perspektive. Daher fordern wir: Teilnahme an Erasmus+, Teilnahme an Horizon, Teilnahme an europäischen Solidaritätsfonds.

Hans-Jürg Fehr, erinnert, dass der EU-Beitritt immer noch in den Statuten der SP steht. Auch wenn dies keiner mehr offensiv fordert. Viele schweigen. Aber weshalb? Opportunismus! Viele denken, dass wir mit dieser Forderung Wähleranteile verlieren, doch Opportunismus ist keine Strategie! Wir müssen raus aus der Gefangenschaft des Bilateralismus, wir müssen die Europaplattform wieder beleben und die Option EU-Beitritt wieder salonfähig machen. Der Sprechende vertritt hier den Antrag der SP Stadt Schaffhausen. Da dessen Forderungen Eingang in den Antrag Molina gefunden haben, zieht der Sprechende den Antrag zurück und bittet um die Unterstützung des Antrags Molina.

R-2 Mustafa Atici und andere: Es braucht jetzt klare europapolitische Entscheide für die Menschen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Zustimmung

A-1 Fabian Molina und andere: Sozialdemokratische Europapolitik

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.

Beschluss des Parteitags: Grossmehrheitliche Zustimmung

14. Anträge und Resolutionen

R-3 Michel Zimmermann und andere: SBB, Schweizerische Post, Swisscom: Service public oder Aktiengesellschaften?

Rebekka Wyler, erläutert, dass dieses Traktandum auf den nächsten Parteitag verschoben worden ist.

15. Div. Mitteilungen, Schluss

Chompel Balok, SP St. Gallen, stellt die **Aktion Vierviertel** vor. Heute lebt ¼ der Bevölkerung ohne roten Pass in der Schweiz. Ein Grund dafür ist das erniedrigende Einbürgerungsverfahren. Es braucht eine grundlegende Revision des Bürgerrechts. Die Aktion 4/4 fordert ein Grundrecht auf

Einbürgerung. Wer hier seit vier Jahren lebt, soll sich einbürgern können. Kinder, deren Eltern bei Geburt ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, sollen automatisch Schweizer:innen werden. Bitte Aktion und Manifest unter www.aktionvierviertel.ch unterschreiben.

Aresu Rabanni, SP Migrant:innen, ist in Afghanistan geboren, in der Schweiz aufgewachsen und arbeitet aktuell in der Impfkampagne gegen Covid-19. Heute leben in Afghanistan rund 40 Millionen Menschen, die Hälfte davon unter 15 Jahre alt. Niemand erwartet, dass die Schweiz allen Afghan:innen hilft. Die Schweiz hat aber nur gerade 387 Menschen abgezogen. Das ist ein Tropfen in einem Ozean. Wir haben die Kapazität, viel mehr Menschen zu retten. Frauen, Politikerinnen, Journalisten, Aktivisten und viele andere sind in Gefahr. Sie leiden und ich leide mit. Sie werden getötet und ich kann nur zuschauen. Ich fühle mich hilflos und kann hier alleine nichts erreichen. Vielleicht mit euch schon. Als Mensch will ich nicht einfach zuschauen, bis meine Bekannten, meine Freunde in Afghanistan getötet werden, weil sie für ihre Freiheit gekämpft haben; weil die Frauen sich bilden wollten. Ich bitte euch um Hilfe. Danke für eure Solidarität.

Rebekka Wyler, dankt für die bewegenden Worte und dankt den Anwesenden für die Unterstützung mit diesem starken Applaus. Die SP hat auch eine entsprechende Petition lanciert. Den Menschen in Afghanistan muss jetzt geholfen werden.

Rebekka Wyler, schliesst den Parteitag mit einem Dank an Genosse Sonderegger für die Äpfel und Birnen, der Stadt und dem Kanton St. Gallen an den Beitrag zum Apéro, der SP St. Gallen für die personelle Unterstützung, dem Team der Olma-Messe und der Gastronomie. Ein grosses Dankeschön an das Übersetzungsteam. Stefan Merki und seinem Team Dank für die gesamte Technik. Ein ganz herzliches Dankeschön an Colette Siegenthaler, die alles hier organisiert hat.

Hans Fässler, beschliesst den Parteitag mit einigen Liedern aus der Arbeiter:innen-Bewegung und darüber hinaus. Dabei auch einiges, was man über St. Gallen als anständiger Mensch weiss und was auch viele anständige Menschen nicht wissen, aber wissen sollte (vgl. <https://youtu.be/LSYVzH12mgE>).

Gender-Watch-Protokoll



